Abonnementspreis
mit der wöchentlich gratis [illegible] Nach der Arbeit [illegible] Pfennig [illegible] bei Selbstabholung [illegible] 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 2276) pro Vierteljahr M. 2.25. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
nur Montags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrmaligem Einrücken entsprechender Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens Früh 10 Uhr [illegible] sein und sind an die Expedition zu senden.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geöffnet von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 56. Dresden, Montag den 10. März 1902. 13. Jahrg.

An die Parteigenossen Sachsens!

Die diesjährige Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens findet

am 1. und 2. April

in der Gold'nen Weintraube zu Meißen-Cölln

statt. Beginn der Verhandlungen am Dienstag den 1. April, vormittags 10 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Zentralkomitees. Referent: Karl Sindermann.
2. Organisation und Agitation.
3. Die Thätigkeit des Landtags. Ref.: Hermann Goldstein.
4. Die Landtagswahlen. Referent: Ernst Schulze.
5. Die nächsten Reichstagswahlen. Referent: Fritz Geyer.
6. Anträge der Parteigenossen.
7. Wahl des Ortes für das Zentralkomitee.
8. Wahl des Ortes für die nächste Landes-Versammlung.

Anträge, die auf der Landeskonferenz zur Verhandlung kommen sollen, sind

bis zum 15. März

an den Unterzeichneten einzusenden. Sie müssen vom Bureau der Versammlung oder vom Vertrauensmann bezw. vom Vereinsvorsitzenden unterzeichnet sein.

Auf Grund des Organisationsstatuts können die Parteigenossen bis zu vier Delegierte aus jedem Reichstagswahlkreis entsenden.

Nur mit Mandaten versehene, in Parteiversammlungen gewählte Delegierte haben Stimmrecht.

Mandatsformulare werden nicht versandt.

Dresden, den 20. Februar 1902.
Zwingerstraße 22.

Das Zentralkomitee für Sachsen.
J. A.: Karl Sindermann.

Die „wichtigsten Lebensinteressen der Stadt Dresden".

Gegen den Beschluß der Zollkommission des Reichstags, dem Zolltarifgesetze einen Zusatz zu geben, nach dem den Kommunen die Belastung von Getreide und Fleisch vom 1. April des Jahres nach Einführung des Zolltarifgesetzes untersagt werden soll, hat der Dresdner Oberbürgermeister schon in der sächsischen Ersten Kammer Sturm gelaufen. Dort war er seines Erfolges sicher, aber er nützt ihm nicht viel, was scheert sich der Reichstag um die Meinung der Herren vom sächsischen Oberhause? Deshalb hat Herr Beutler auch — doppelt genaht hält besser — dem Reichstage selbst eine Petition gegen die geplante Gesetzesbestimmung zugehen lassen, die in diesen Tagen den Abgeordneten unterbreitet worden ist. Als ein Denkmal Dresdner Stadtverwaltung unter der Aera Beutler soll sie hier in ihren Hauptteilen abgedruckt werden.

Herr Beutler sagt:

„Die Erhebung von indirekten Abgaben von Verzehrungsgegenständen ist in unserer Stadt eine alte und seit langem eingelebte Einrichtung. Abgaben werden in [illegible] Höhe [illegible] erhoben von Mehl und Backwerk, Obst, Wildpret, Geflügel und Fischen, Schlachtvieh, Fleisch und daraus hergestellten Waren. Der jährliche Ertrag dieser Abgaben ist um Jetzt auf **rund 2 Millionen Mark** zu veranschlagen, so daß die Gemeinde imstande ist, einen erheblichen Teil ihrer Bedürfnisse, die sonst durch die ungleichmäßigen und drückenderen direkten Steuern aufgebracht werden müßten, aus dem Ertrages der indirekten Abgaben zu decken. Anderseits hat die Einrichtung fast nie Veranlassung zu begründeten Klagen gegeben, insbesondere hat noch niemals der Nachweis geführt werden können, daß durch diese Abgaben die notwendigen Lebensmittel den Verbrauchern verteuert würden. [illegible] Es ist Thatsache, daß die notwendigen Lebensmittel, insbesondere Brot und Fleisch, in den Vororten unserer Stadt, in welchen die Abgaben nicht erhoben werden, nicht niedriger, sondern eher höher sind, daß auch in den übrigen Großstädten des Landes, deren Steuerverfassungen die indirekten Abgaben fremd sind, die Preise der Lebensmittel nicht niedriger sind als in Dresden.

Ebensowenig läßt sich für die Annahme ein Nachweis erbringen, daß die Erzeuger der abgabenpflichtigen Gegenstände die Abgabe tragen, also um so viel, als die Abgabe betrage, die Waren billiger liefern müßten. Diese Annahme ist in erster Linie für Schlachtvieh völlig unhaltbar, da bei diesem Artikel der hiesige Schlachthof mit einer ganzen Reihe anderer städtischen Schlachthöfe konkurriert und das Vieh sicher dahin gebracht wird, wo die besten Preise zu erzielen sind. Nicht anders verhält es sich mit dem Getreide. Sollten einzelne Landwirte der nächsten Umgebung mit Rücksicht auf den sicheren und etwas großen Absatz fähigen Markt sowie die Frachtersparnis geneigt sein, die Erzeugnisse ihrer Wirtschaften an Dresdner Händler billiger abzugeben als an andere, so liegen doch in den bezeichneten Umständen so große Vorteile, daß dagegen eine kleine Preisermäßigung nicht in Betracht kommen kann. Ein bedeutender Vorteil aber erwächst den Verbrauchern der abgabenpflichtigen Gegenstände insofern, als mit Rücksicht auf die zu zahlende Abgabe minderwertige Ware die Dresdner Märkte fast gänzlich meidet, sonach die Verbraucher sicher sind, nur gute Waren zu erhalten. In dieser Beziehung wirkt also die indirekte Abgabe erzieherisch für die Händler, vorteilhaft für die Verbraucher.

Fielen die Erträge der indirekten Abgaben weg, so würde die Notwendigkeit vorliegen, etwa 2 000 000 M. mehr als bisher durch direkte Steuern aufzubringen, d. h. etwa 35 Prozent der Staatseinkommensteuer als Gemeindesteuerzuschlag mehr zu erheben. Dies würde für den ärmsten Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von 600—700 M. eine jährliche Mehrbelastung bedeuten von 1 M., für Einkommen von 800—950 M. 2 M., für Einkommen von 1100—1250 M. 3½ M. und so fort in rasch anwachsender Progression.

Nach einer anderen Richtung aber würde die Erhebung der direkten Steuern für die Stadt Dresden geradezu verhängnisvoll werden. [illegible] Es ist bekannt, daß Dresden von wohlhabenden Personen, namentlich aus dem Auslande, mit Vorliebe zu ruhigerem Aufenthalt oder zu dauernder Niederlassung gewählt wird. Ganz abgesehen von dem Vorteil, daß bei dem Zustrom der indirekten Abgaben jeder Fremde, der sich auch nur vorübergehend hier aufhält, in gewissem Maße zu den Kosten der städtischen Verwaltung beiträgt, ist es auch noch von großer Bedeutung, daß man in Dresden von jeder bemüht gewesen ist, die direkten Abgaben so niedrig als möglich zu halten und sie, wenn irgend thunlich, nicht über den Betrag der direkten Staatssteuern ansteigen zu lassen. An den indirekten Abgaben nehmen diejenigen, welche sich mit der Absicht der dauernden Niederlassung in Dresden tragen, nicht den mindesten Anstoß, da eben erfahrungsgemäß die Preise der Lebensmittel hier nicht höher sind, als anderswo und jedenfalls niedriger, als an den wendischen Plätzen, die als Aufenthaltsorte für Rentner gern gewählt werden. Dies würde sich aber vollständig ändern, wenn wir in die Notwendigkeit versetzt würden, die in unserer Stadt wohnenden Rentner mit so bedeutend höheren direkten Steuern zu belegen. Nicht nur würde eine solche Maßregel den Wegzug einer großen Anzahl von Rentnern zur unausbleiblichen Folge haben, sondern es würde auch der Zuzug solcher Personen behindert werden und dies würde die Wirkung haben, daß einmal der Verdienst, den jetzt zahlreiche Handels- und Gewerbetreibende von den wohlhabenden Einwohnern ziehen, geschmälert würde oder ganz wegfiele, ferner zahlreiche Wohnungen höherer Preislage überflüssig würden und hiernach der Grundbesitz entwerten würde und daß endlich der Ausfall an direkten Steuern, welcher durch den Wegzug zahlreicher wohlhabender Einwohner entstehen würde, unertragen werden müßte durch Heranziehung des entwerteten Grundbesitzes, des in seinem Verdienste geschmälerten Gewerbebetriebes und der ärmeren Bevölkerung der Stadt zu noch höheren direkten Steuern, als der Wegfall der indirekten Abgaben an sich notwendig macht. Die auf diese Weise herbeigeführte Verschlechterung der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung würde aber auch für die Landwirte in den umliegenden Ortschaften, deren Interessen man durch das Verbot der Erhebung von indirekten Abgaben fördern will, das Gegenteil bewirken: sie würden den guten regelmäßigen Absatz ihrer Erzeugnisse, dessen sie sich gegenwärtig erfreuen, wesentlich beschränkt sehen oder ganz verlieren und bestenfalls froh sein müssen, ihre Erzeugnisse zu niedrigeren Preisen, als sie jetzt erzielen, an den Mann zu bringen.

Der ehrerbietigst unterzeichnete Rat kann nicht glauben, daß die Absicht des hohen Reichstags dahin geht, in der geschilderten Weise **die wichtigsten Lebensinteressen der Stadt Dresden zu schädigen,** und sieht sich daher um so mehr der Hoffnung hin, daß der hohe Reichstag dem eingangs erwähnten Antrage seiner Zolltarifkommission, falls derselbe an ihn gebracht werden sollte, seine Zustimmung versagen werde."

Nicht nur im Reichstag, sondern auch in den weitesten Kreisen wird diese Petition Sensation erregen, denn in ihr ist das **Problem der Erzeugung indirekter Steuern** mit nie erreichter Klarheit dargestellt worden. Der Genialität des Dresdner Oberbürgermeisters und ehemaligen geheimen Oberfinanzrats blieb der Nachweis vorbehalten, daß die indirekten Steuern von **niemandem** bezahlt werden, also wohl durch jene geheimnisvolle generatio aequivoca (die Urzeugung) entstehen, die in der Naturphilosophie seit den Tagen der alten Griechen eine große Rolle gespielt hat. Die wütendsten agrarischen Protuchcrer haben bisher dieses glänzende Argument verschmäht; sie hatten keine

Ecce ego — Erst komme ich!

Roman von Ernst von Wolzogen.

(16. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Siebentes Kapitel.

In welchem der geneigte Leser sich in der feinsten Gesellschaft bewegt und — etwas passiert!

Besonders lustig ging es vorläufig gerade nicht her bei Meyerns, obwohl die Gesellschaftsräume von lebhaft plaudernden Gruppen erfüllt waren und bald hier, bald dort Gelächter aller Art laut wurde, vom jovialen alten Herren-Hobo bis zu dem spitzen Gekrickel des Backfischgekickers herab. Da nämlich nur fünf junge Damen vorhanden waren, welche für das Tanzvergnügen ernstlich in Betracht kamen, und gar nur vier Herren, welche man moralisch nötigen konnte, ihre Beine diesen fünf Damen bedingungslos zur Verfügung zu stellen, so durfte man füglich den Tanz nur als scheinbar improvisierte Finale vor sich gehen lassen, und das hieß so viel, als ihn bis nach dem Souper verschieben. Aber Aribert und seine Schwester Mirola hatten es sich angelegen sein lassen, die junge Welt von vornherein darauf aufmerksam zu machen, daß das Beste zum Schluß kommen sollte. Und so war denn diese junge Welt in freudiger Erwartung schon im Vorhinein vergnügt. Die älteren Herrschaften, von denen fast keiner den anderen kannte, wunderten sich im stillen über die merkwürdige Zusammensetzung der Gesellschaft. Jeder einzelne fragte sich, wie wohl der andere hierher gekommen sein möchte und was wohl die Meyerns veranlaßt haben könnte, mitten im Sommer vom Lande hereinzukommen, um mit so viel Mühe eine so bunte Gesellschaft zusammenzutrommeln.

Da war Se. Exzellenz der Herr Generalleutnant von Hufnagel, die ganze Brust mit Orden bedeckt, der wie ein Goldfasan in der Vogelvoliere herumstelzte und jedem, der ihm in den Weg kam, ein wohlwollendes Lächeln und einige nichtssagende Worte spendete. Da war ferner der Landgerichtsdirektor Ungewitter, der erst jüngst in einem Sensationsprozeß seinen stürmischen Namen zu Ehren gebracht hatte, mit einer blassen, kleinen Frau, die so verängstigt aussah, als ob das Ungewitter ihr auch im eigenen Hause zuweilen über den Kopf komme, und mit zwei hübschen unbedeutenden Töchtern im zarten Alter von fünfzehn und sechzehn Jahren. Das dritte junge Mädchen, ein keck und gescheit in die Welt blickendes, schlankes Fräulein von achtzehn oder neunzehn Jahren, hatte der hinkende Major von Wichmann gesellt, ein prächtiger, dicker, kleiner a. D., welcher sich neuerdings, nachdem er sich einige Jahre als Postdirektor in einer kleinen Stadt kümmerlich durchgeschlagen hatte, durch seine flott und anspruchslos geschriebenen Soldatengeschichten einen gewissen Namen gemacht hatte. Da sah man ferner Herrn Hofschauspieler Hellhof, der schon bald zwanzig Jahre lang am königlichen Schauspielhause die Helden mimte und heute noch der Schwarm besonders aller älteren Fräuleins war; mit seiner hohen, stattlichen Figur und seinem Goethekopf wirkte er statuarisch, ruhig, imposant. Da er sich als Mensch eines tadellosen Rufes erfreute, so wunderte man sich nicht, ihn hier und dort in der besten Gesellschaft auftauchen zu sehen. Ein junger, sehr zierlicher und eleganter Husarenleutnant, Graf Proch-Laska, Adjutant eines mehrfachen Heinrich, Erbprinzen von Reuß, entzückte durch seine unglaubliche Suada besonders die drei ganz jungen Mädchen. Und ein kaffeebrauner Afrikareisender mit fürstenähnlich aufstarrendem, hellblondem Hauptbaar, Namens Schmidt, von dem nie jemand etwas gehört hatte, wurde vom Hausherrn sämtlichen Gästen als Leuchte der Wissenschaft, kühner Löwenjäger und Besieger zahlreicher schwarzer Majestäten zu ganz besonderer Beachtung empfohlen. Schließlich drückten sich noch zwischen den älteren Herrschaften zwei Fräuleins von Maybburg herum, wohlkonservierte Damen in den vierziger Jahren in schwarzseidenen Kleidern und goldene Kreuzchen an langen Ketten um den Hals, welche von den Gastgebern am allerwenigsten beachtet wurden, sich aber dennoch ganz zufrieden zu fühlen schienen. Aribert, welcher die Salonwelt gleich nach ihrem Eintritt über die Gesellschaft zu orientieren unternommen, hatte die beiden Fräulein scherzhaft seine gnädigen Kummen, hatte die beiden Fräulein scherzhaft seine gnädigen Kummen genannt und sie für Hofdamen Ihrer Majestät der Mayern-Witwe ausgegeben. Es waren arme Verwandte der Mayern-Witwe und in Wirklichkeit nur Kammerfrauen Ihrer Majestät, die noch nie in ihrem Leben bei Hofe und auch nur selten in größeren Gesellschaften erschienen waren.

Was weder der alten Exzellenz mit der funkelnden Ehrenbrust, noch dem Afrika-Reisenden durch das Gerücht seiner unerhörten Thaten, noch den Herren Ungewitter und von Wichmann durch den frischen Ruhm ihrer Namen, oder endlich dem lorbeergewohnten Hofschauspieler durch seine Aehnlichkeit mit dem geheimen Rat von Goethe gelang, nämlich sofort die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu richten, das erreichte Fräulein Charlotte Schönbeck mühelos durch die siegreiche Macht ihrer blühenden Schönheit. Die ganz jungen Mädchen blickten ihr bewundernd zu ihr auf, die älteren Damen steckten sofort tuschelnd die Köpfe zusammen und die alten Herren strahlten über das ganze Gesicht, wenn sie mit ihr reden und den warmen, duftigen Hauch, der von ihr ausging, aus nächster Nähe atmen durften.

Der junge Graf Proch-Laska hatte sich selbstverständlich auch sogleich an sie herangemacht, sehr zum Schmerze der kleinen Mädchen, welche in ihrer plötzlichen Verlassenheit bei der Mama Schutz suchen mußten. Aber zu seinem Aerger schien das schöne Fräulein seines lustigen Geschwätzes sehr bald überdrüssig zu werden und an dem kleinen Major von Wichmann und seiner munteren Tochter ein weit größeres Gefallen zu finden. Mit jener harmlosen Zudringlichkeit, die ihn auszeichnete und die niemand übel nahm, weil sie einen so onkelhaft gemütlichen Anstrich hatte, verstand es der Major sehr bald, aus der Schönen herauszulocken, was er wissen wollte.

Während der ganzen Zeit, die er mit ihr plauderte, hatte sich der Afrika-Reisende in unmittelbarer Nähe aufgepflanzt. In bedeutender Haltung, die Arme untergeschlagen, den Kopf frei und stolz aus dem hohen Stehkragen herausgereckt, verwandte er keinen Blick von ihr und gab sich die größte Mühe, wilde Augen zu machen. Er fuhr sich des öfteren mit fünf gespreizten Fingern durch die blonde Bürste und wartete ungeduldig eine günstige Gelegenheit ab, um sich der Desdemona zu nähern, die er gleich dem edlen Mohren von Venedig durch schlichtbescheidene Erzählung seiner fabelhaften Abenteuer zu bezaubern gedachte. Die Einleitung hierzu hatte er sich bereits ausgedacht.

„Wissen Sie, mein Fräulein, warum ich Sie immerzu anschauen muß," wollte er beginnen. „Es war bei Gelegenheit meines ersten Einbruchs in den dunklen Kontinent von Nordwesten her. Ich spazierte in der Dämmerung an der Mauer des Serails des Sultans Mulen-Gaßan in Fez entlang, als ich plötzlich an einem der kleinen, vergitterten Fensterchen zwei leuchtende Sterne strahlen sah." Aber trotzdem der

Verkaufshäuser L. Neustadt.
Verkaufshäuser L. Neustadt.
SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020310/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ahnung vom transcendenten Ursprung der Millionen, die sie in ihre Taschen leiten wollen und behaupteten, das Zollausland sei so freundlich, sie zu bezahlen. Jetzt weiß man es besser: nicht die Verbraucher, aber auch nicht die Produzenten, sondern irgend eine geheimnisvolle überirdische Kraft schafft die Millionen und sorgt so für **„die wichtigsten Lebensinteressen Dresdens“.**

Es ist eine harte Aufgabe, sich mit solchen Darlegungen ernsthaft und sachlich zu beschäftigen. Aber auf einiges wollen wir doch hinweisen: rund [illegible] Einwohner Dresdens bringen 2 Millionen indirekter Steuern auf; die Armen sind daran natürlich stärker beteiligt, als die Reichen, die weniger Brot essen und durchschnittlich mindestens [illegible] des Jahres auf Reisen sind; selbst wenn ein Teil der Verteuerung auf die Produzenten abgewälzt würde (wie z. B. der Abgeordnete Göbel im Reichstage behauptet hat), so werden doch auf den Kopf der ärmeren Bevölkerung rund fünf Mark entfallen, das macht für eine Familie mit fünf Köpfen **25 Mark pro Jahr.** Würde nun das Oberhaupt einer solchen Familie bei 1100 bis 1250 Mark Einkommen noch Aufhebung des Octrois mit 30 Mark direkter Steuern höher belastet werden, so würde das für ihn doch noch eine wesentliche Erleichterung darstellen. Aber die Arbeiter und kleinen Leute spielen in den Deduktionen des Oberbürgermeisters nur eine kleine Rolle: ihm liegen die Interessen der Besitzenden, der fetten Rentner viel näher am Herzen. Von ihrer guten Stimmung glaubt er das Gedeihen der Stadt abhängig: er proklamiert das Evangelium der Phaeakenstadt und der Pensionopolis Dresden. Es wäre schlimm, wenn das Wohl unseres Gemeinwesens von diesen Drohnen der Gesellschaft abhängig wäre. Aber das ist es gar nicht! Auf der lebendigen Arbeit einer betriebsamen Bevölkerung beruht Dresdens Aufschwung, nicht auf den fetten Bäuchen der Protzen und Schlemmer. Wenn von diesem Heer der Nichtstuer eine Schwadron abschwenkt, weil endlich die **schreiende Ungerechtigkeit eines nicht scharf genug zu verurteilenden Steuersystems** abgeschafft werden soll, — nun gut, dann laßt sie ziehen, es ist wenig an ihnen verloren. Der Ausfall an Steuererträgen kann leicht eingebracht werden, wenn man die Ausgaben für Sportvereine, Bismarckdenkmäler, Pferderennen u. s. w. abschaffen wollte. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Aber in einer Zeit schwerster Arbeitslosigkeit, des **bittersten Hungers** in weiten Schichten der Bevölkerung, des geschäftlichen Niedergangs die Brotsteuer zu verteidigen, dazu braucht es des Löwenmutes eines Geheimen Oberfinanzrates. Erinnert Euch, Ihr Arbeiter, der Notstandsdebatte im Stadtverordnetenkollegium! Was hat man für Euch gethan? Erinnert Euch, wie Ihr **rechtlos** seid in Dresden, denkt daran, mit welchen Mitteln der Rat, an dessen Spitze Herr Beutler steht, Euch die Erlangung des städtischen Wahlrechts erschwert: und dann nehmt zu diesem allen noch diese Petition!

„Geradezu verhängnisvoll“ nennt der Oberbürgermeister die Abschaffung der ungerechten Steuer auf unsere notwendigsten Lebensmittel, eine Steuer, die in anderen Ländern ganz oder teilweise längst durch Gesetz abgeschafft worden ist. Nein, geradezu verhängnisvoll ist die Herrschaft des Spießertums und des satten Philisteriums in unserer Stadt, verhängnisvoll die Rechtlosigkeit der aufstrebenden Proletarierklasse! Herr Beutler hat ja jenem Ueberreiter, das Portemonnaie der Reichen und Ueberflüssigen zu schonen, und eine Waffe in die Hände gedrückt, die uns in dem Kampfe gegen dieses System gute Dienste leisten soll. Einen besseren Agitationsstoff für die nächsten Stadtverordnetenwahlen hätten wir uns nicht wünschen können!

Ein Parlament von Regierungslakaien.

Wien, 9. März.

-th- Das österreichische Abgeordnetenhaus hat im Auslande den Ruf, daß es in seinen Verhandlungen so überaus roh und pöbelhaft zugehe; aber der Mangel an gutem Ton bei den Abgeordneten ist wahrlich der kleinste Fehler unseres Parlaments. Was es allen anständigen und rechtlichen Menschen verächtlich machen muß, das ist die Gleichgültigkeit der großen Mehrheit seiner Mitglieder, die Bestissenheit, mit der sie sich allemal herbeidrängen, zu jeder Gewaltthat einer Regierung, zu den Niederträchtigkeiten der Verwaltung Ja und Amen zu sagen, die Allmacht und Willkür des Polizeiregiments zu stützen und zu fördern. In den drei Jahren des Obstruktionstumultes trat dieser tiefste Wesenszug des österreichischen Parlaments weniger sichtbar hervor. Das Haus erschien sogar im höchsten Maße widerspenstig, aufrührerisch, unregierbar. Allein es handelte sich bloß um den Kampf zweier Nationen, bei dem die Regierung nur dann in Mitleidenschaft kam, wenn sie es mit einem der beiden hadernden Völker hielt. Heute, wo der Friede halbwegs wieder hergestellt ist, steht das Haus in allen politischen Fragen, in allen Fragen der Freiheit und des Rechts der Bürger der Regierung so unbedingt zur Verfügung, wie etwa in den ersten Jahren oder der Koalition. Den neuen Beweis dafür liefert das Verhalten des Hauses in Sachen des Triester Ausnahmezustandes. Das widerliche Spiel begann da schon im Ausschusse, der vom Hause eingesetzt worden war, über die Notwendigkeit der Ausnahmeverfügungen zu Rate zu gehen. Wie bemühte sich Gen. Ellenbogen, die Rechte der Triester Bürger gegen die Gewaltstreiche des Ministers und seines sauberen Statthalters zu verteidigen, welche überzeugenden Beweise, wie viel einleuchtende Einzelheiten brachte er bei, wie oft erdrückte er Herrn v. Körber hart in die Ecke? Aber der Ausschuß spielte bei dem Zweikampfe zwischen dem Ministerpräsidenten und dem sozialdemokratischen Abgeordneten bloß den unbeteiligten Zuschauer, nicht einmal der Triester italienische Abgeordnete erfüllte so recht seine Pflicht. Und womit bediente Herr v. Körber sein empfängliches Publikum? Er schmiete — wir haben keinen höflicheren Ausdruck — den ganzen Wallbaumen von Uebertreibungen, Entstellungen und albernen Erfindungen aus, den Graf Goeß, der Statthalter, aus den Polizeiberichten für ihn zusammengetragen hatte. Wer Berichte der Polizei über Volksbewegungen, Demonstrationen, Ausstände u. s. f. kennt, der braucht man über die Beschaffenheit des Körberschen „Beweismaterials“ nichts zu erzählen. Indes die Ausschußmitglieder, diese alten ausgebrühten Politiker, die alle den Rummel kennen, wählten die gläubigen Zuhörer. Zu einem Kranzchen alter Kaffeeschwestern hätte Körber seine Gruselgeschichten nicht leichter anbringen können. Das Ergebnis war, daß im Ausschusse die große Mehrheit sich für Körber erklärte; nicht einmal die Alldeutschen fanden den Mut zu einem offenen Nein, sie enthielten sich der Abstimmung.

Die schönste Leistung des Ausschusses war jedoch der Bericht des von ihm erwählten Referenten, des erzklerikalen Herrn v. Fuchs, der sich schon als drittes Mitglied des berüchtigten Präsidiums Abrahamowicz-Kramarsch und später in den Zeiten Thuns als erster Präsident den Ruf eines rücksichtslosen Polizeiabgeordneten erworben hat. Es ist noch nicht das schlimmste, daß dieser gewaltselige Rechtsanwalt mit der Miene der reinsten Unschuld dem Hause einen Auszug der von Körber vorgebrachten Polizeiakten auftischte, daß er, die Worte seines Meisters anführend, etwas von „Elementen absoluter Gesetzlosigkeit“ munkelte, gegen die man Staat und Gesellschaft verteidigen müsse; der letzte Triumph seines Berichts nicht alles aus. Mit ehrerner Stirne sagte er, der Abgeordnete, dem Hause, daß es überhaupt kein Recht habe, die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu fordern. Wir möchten fast meinen, solche knechtische Niedertracht sei noch in keinem Parlamente begangen und noch von keiner Mehrheit eines Parlaments gebilligt worden. Man erwäge doch: das Gesetz sagt ausdrücklich, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes von der Regierung und dem Kaiser zu beschließen und darauf dem Hause zur Beschlußfassung vorzulegen ist. Und zwar muß gleich in der ersten Sitzung nach Erlassung der Ausnahmeverfügungen die Vorlage eingebracht werden, kann erst der Ausnahmezustand von selbst.

Körber hatte freilich noch redesmal das österreichische Abgeordnetenhaus allen Ausnahmemaßregeln angeschmiert, und so durfte schon Taaffe wagen, die Lehre vorzutragen, das Parlament könne den Ausnahmezustand durch einen Beschluß nicht beseitigen, gleich als wäre das Abgeordnetenhaus eine Versammlung von Gutachtern, als hätte die Vorlage der bereits im Gesetzblatte veröffentlichten Verfügung, die Bestimmung über die Erlöschen einen Sinn, wenn dem Hause nicht die Annahme oder Ablehnung zukehen soll. Der Abgeordnete Fuchs ging indes noch weiter als seiner Zeit der Minister Taaffe, nach ihm fehlt dem Hause nicht nur das Recht, die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu beschließen, es darf auch nicht einmal die Regierung dazu auffordern. Sitzung für Sitzung wird die Regierung „aufgefordert“, dort oder da eine neue Bezirkshauptmannschaft, eine neue Beamtenstelle einzufügen, alles Dinge, die unzweifelhaft ausschließlich der Verwaltung zustehen; nur daß die Verkürzung der staatsbürgerlichen Rechte von der Einwohnerschaft einer Stadt wieder genommen werde, das ist dem Hause zu verlangen untersagt.

Die Mehrheit des Hauses ließ sich, wie gesagt, die Gesetzesauslegung des Herrn von Fuchs gefallen; mit einer Selbstentäußerung des Parlaments wurde die Verhandlung im Plenum begonnen und wurde dieses Anfangs letzte sie sich auch fort. Es wiederholte sich das Schauspiel, das schon der Ausschuß geboten hatte. Dem Kampfe zwischen den Sozialdemokraten und dem Ministerpräsidenten sah das Haus fast unthätig zu, um sich zum Schlusse für die Gewaltpolitik zu erklären. Der Referent sagte sein Sprüchlein her, wobei er freilich von den Sozialdemokraten zu Zwischenrufen arg mitgenommen wurde, die Redner der Parteien bejegelten in kurzen nichtssagenden Erklärungen ihre und ihrer Genossen Schmach. Das war alles. Um so wirkungsvoller hob sich die Haltung der Sozialdemokrate ab: beide Redner, die sie ins Treffen schickte, Schuhmeier und Ellenbogen, führten ihre Aufgabe aufs beste aus. Schuhmeier legte dar, wie es von je und je österreichische Verwaltungspraxis war, gegen Streiks und Volksbewegungen nur mit blutigen Gewaltthaten anzukämpfen. So stand vor zehn neun Jahren in Fallenau, wo gleichfalls Streikende niedergemetzelt wurden, der damalige Statthalter und spätere Ministerpräsident Graf Thun, den Revolver eingeschnallt, auf dem Platze und bezeichnete eigenhändig den Gendarmen die zu Verhaftenden; so wurde in Citrau, in unzähligen anderen Orten, so jetzt wieder in Triest Blut vergossen, nicht um eine Gefahr abzuwenden, sondern um Vernachlässigungen der Behörden zu bemänteln, und dann der Ausnahmezustand verkündet, damit für das Blutvergießen die Entschuldigung geschaffen werde, als habe es gegolten, einen Aufruhr zu dämpfen.

Schuhmeiers Darlegungen machten selbst auf die hartnäckigsten Helfershelfer der Gewalt im Parlamente einen großen Eindruck. Körber, der das bemerkte, lente sich nun mit aller Kraft ins Zeug. Er wurde, zu wem er sprach, wußte, daß die Abgeordneten Herren waren, also, auch das tollste zu glauben, daß sie von ihm nur verlangten, er möge ihnen einen Vorwand für einen annehmenden Beschluß herbeischaffen, einen Deckmantel für ihre Feigheit. Er habe die aufzutragen breit zu lügen, rabiatesch zu bellamieren, damit es schien, als habe man die staatliche Ordnung retten müssen. Das that er denn auch im reichsten Maße und mit unleugbarem, schauspielerischem Geschick. Trotzdem und trotz der vielen emphatischen Ausrufungen und versprechenden Beteuerungen machte seine Rede durch die geradezu kindischen, aberwitzigen Angaben über die Vorgänge in Triest auf jeden denkenden Menschen bloß einen lächerlichen Eindruck. Was mutete Herr v. Körber nicht alles der Glaubenskraft seiner Hörer zu? Die Soldaten sollen nur in äußerster Lebensgefahr von der Waffe Gebrauch gemacht haben, alles soll von den bewußten „Elementen der absoluten Gesetzlosigkeit“ vorbereitet, die Steinwerfer mit Handgeld gekauft worden sein. Dann erzählte er nochmals alle die erfundenen Geschichtlein von furchtbaren Verwundungen und Bedrohungen des Lebens, die schon hundertmal widerlegt worden sind.

Stellenweise machte er geradezu den Eindruck, als wolle er Münchhausiaden zum Besten geben. So, wenn er mit großem Ernste darlegte, daß auf den Leutnant Koppel und seine Leute unzählige Pflastersteine, offene Messer usw. geworfen worden seien, auf den Leutnant allein sieben oder acht Steine. Dem geschah aber dennoch nichts, als daß ihm die Kappe vom Kopfe fiel, und er darauf sofort wieder Feuer kommandierte. Am nächsten Tage befehligte er wieder. Er warm Körber, um das Schießen auf die Träger des roten Kreuzes zu entschuldigen, das Märchen vorbrachte, in der Irrenhalle des roten Kreuzes seien Pflastersteine herbeigeschleppt worden, so konnte er aber nicht einen Namen der angeblich so zahlreich verletzten Soldaten nennen; nicht von einem einzigen der vielen Gewährsmänner, auf die er sich berief, wagte er zu sagen, wie sie heißen, obschon er von den Sozialdemokraten immer wieder dazu aufgefordert ward. Unter anderen ist im Hause ein Triester Abgeordneter hier, dem die Polizei die schwarze Fahne unter Drohungen vom Fenster herabgerissen hat, er bestätigte sich der Minister, die Lüge zu wiederholen, die Polizei habe keine Angriffe auf die Fahnen gemacht, sie habe nur zu verhindern gesucht, daß die Einwohner vom „Pöbel“ zum Beflaggen gezwungen würden.

So deutlich allen diesen Angaben der Stempel der Unwahrheit und Uebertreibung aufgedrückt war, die Abgeordneten thaten, als glaubten sie, und sie ließen sich in ihrem Glauben auch nicht erschüttern, als Ellenbogen Punkt für Punkt die Darlegungen des Ministers widerlegte. Mit 169 gegen 66 Stimmen wurde der Ausnahmezustand gebilligt, von den Sozialdemokraten stimmten nur die Italiener, die Tschechischradikalen, die Jungtschechen, Alldeutschen und einige Wilde. Allein auch von den Jungtschechen und Alldeutschen war der weitaus größere Teil bei der Abstimmung nicht zugegen. Mit Zweidrittelmehrheit bei halbleerem Haus hat Herr v. Körber gesiegt, und doch hatten zahlreiche Abgeordnete, darunter selbst solche vom Polenklub, diesem treuesten Genossen aller politischen Niedertrachtigkeiten aller Regierungen, den Sozialdemokraten insgeheim versichert, daß sie von ihren Darlegungen überzeugt seien, daß sie ebenfalls den Ausnahmezustand in Triest für unnütz und überflüssig hielten. Die Bedientenhaftigkeit, die knechtische Selbstentäußerung der österreichischen Abgeordneten kennt wirklich keine Grenzen. Sie toben entweder in chauvinistischer Raserei, oder wenn sie sich wieder beruhigt haben, kuschen sie wie die Hunde.

Politische Uebersicht.

Kein Schutz vor Spitzeln?

Die Affaire des Genossen Wasewitz zu Berlin, dem ein Spitzel beleidigende Zumutungen machte, hat noch weitere interessante Nachspiele. Der Spitzel war bekanntlich von Wasewitz festgenommen und zur Feststellung seiner Personalien auf die Wache transportiert worden. Dort wurde aber die Mitteilung des Namens verweigert, nachdem der Mann eine einer Hundesteuer-Marke ähnliche Blechmarke vorgezeigt hatte. Der Polizeipräsident hatte das schriftliche Ersuchen, den Namen dieses Mannes zu nennen, abgelehnt. Der dann von Wasewitz bei der Staatsanwaltschaft wiederholte Strafantrag ist auch, falls der Mann ein Beamter wäre und in höherem Auftrage gehandelt habe, gegen den Anstifter der Beleidigung ausgedehnt worden. Außerdem dehnte Wasewitz den Strafantrag ausdrücklich auch auf den Polizeipräsidenten aus. Denn der Polizeipräsident habe dadurch, daß er den Namen des Beleidigers zu nennen ablehnte, wiewohl er ein zur Verfolgung der Strafthat berufener Beamter sei, zum mindesten der strafbaren Begünstigung der Beleidigung sich schuldig gemacht.

Der Staatsanwalt hat geantwortet — er lehnt ab: Der Spitzel, der einen anständigen Menschen zu Spitzeldiensten auffordert, beleidigt nach Ansicht des Herrn Staatsanwalts nicht immer und unter allen Umständen. Beleidigend kann ein solches Angebot allerdings sein, so giebt der Staatsanwalt zu, aber dann müssen besondere Umstände oder eine gewisse Form des Angebots hinzukommen. Wasewitz habe aber nicht begründet, daß ihm oder einer andern zugemutet worden sei, solche Spitzeldienste zu leisten, deren Leistung ohne eigene Unehrenhaftigkeit unmöglich ist. Es brauche daher nicht untersucht zu werden, ob eine derartige Zumutung erfolgt ist, und ob eine solche immer eine Beleidigung enthalten muß oder auch durch bloße Ungeschicklichkeit der Ausdrucksweise des Auffordernden erklärt werden kann. Es fehle also jede Grundlage für das Vorliegen einer Handlung, welche objektiv als Beleidigung zu charakterisieren

---

kühne Forscher mehrmals einen Anlauf nahm, kam er doch mit seiner Einleitung nie weiter, als bis zu den Worten: „Wissen Sie, mein Fräulein, warum — . . .“

Das letzte Mal hatte ihn der Major unterbrochen:

„Ach nee, lieber Herr, Rätsel aufgeben gilt nicht. Somit fange ich auch an. Was ist der Unterschied zwischen dem Brandenburger Thor . . . Na, hören Sie, da rufen schon einige: Au! —“

Herr Schmidt begann den Major zu hassen.

Aribert hatte eine schreckliche Unruhe im Leibe. Er lief von einem Zimmer ins andere, redete pflichtmäßig mit allen Gästen ein paar Worte und steuerte alsbald wieder, oft ohne die Antwort abzuwarten, wie eine zerstreute Hoheit beim Cercle, nach der entgegengesetzten Seite auf einen anderen zu. So oft wie irgend möglich strich er an Fräulein Charlotte vorbei, um sich an ihren Anblick zu weiden. Er war selbst überrascht von ihrer Schönheit und heute wirklich und bis über beide Ohren verliebt. Am liebsten wäre er gar nicht von ihrer Seite gewichen; aber als Flügeladjutant des Gastgebers durfte er sich der übrigen Gesellschaft nicht entziehen. Es brauchte ja auch nicht jedermann gleich zu merken, worauf es bei dieser ganzen festlichen Veranstaltung abgesehen war.

Aber trotz seines vorsichtigen Gebahrens gab es doch mehr als ein Paar scharfe Augen, welche Zweck und Ziel des Abends durchschauten, sobald die Familie Schönbeck mir vorgestellt worden war. Kurz vor dem Souper erwischte Se. Exzellenz den Major von Wichmann im Herrenzimmer beim Aermel und fragte heimlich:

„Ach, lieber Major, Sie wissen ja immer alles. Sagen Sie mal, wer sind denn eigentlich diese Schönbecks? Superbe Erscheinungen übrigens alle beide. Aber besonders die Jüngere. Der kleine Proch-Laska scheint mir höllisch verbrannt.“

„Wird ihm nicht viel helfen, Exzellenz,“ versetzte der Major, sein rechtes Auge pfiffig zukneifend. „Ist bereits in festen Händen. Ich bin vollständig orientiert und es soll mich gar nicht wundern, wenn wir heute noch eine freudige Ueberraschung erleben.“

„Ein Brautpaar also?“

„Sicher, Exzellenz. Herr von Minkenberg auf Strehlen und Fräulein Schönbeck empfehlen sich und so weiter. Der Papa ist nämlich der frühere Besitzer der Hirschapotheke. Es sollen schwer reiche Leute sein.“

„Aha!“ lächelte der General. „Na, der wird's wohl auch nötig haben; der junge Herr ist ja doch wohl der Sohn vom sogenannten wilden Minkenberg, der mal bei den dritten Ulanen stand, so Anfang der fünfziger Jahre?“

„Ganz recht, Exzellenz. Ich habe den alten Minkenberg auch ganz gut gekannt — natürlich aus späterer Zeit. Exzellenz haben doch jedenfalls mal von dem Urenkel des Kaisers Tching-Sung gehört?“

„Toh, ich nicht wüßte. Wer ist'n das?“

„Das war der Graf Roppe, ein berüchtigter Projektenmacher. Der pflegte seinen Stammbaum bis auf den chinesischen Kaiser Tching-Sung zurückzuführen. — Böse Menschen behaupteten jedoch, daß nicht einmal der Comte echt sei; mit dem war Herr von Minkenberg senior in der Gründerära auch innigst liiert. Es war ein par nobile fratum. Exzellenz haben doch gewiß von der Müringgesellschaft gehört? Nicht? C. das war 'ne großartige Sache. Der Müriplee sollte trocken gelegt und sein Wasser benutzt werden, um die angrenzende Priegnitzer Sandbüchse zu bewässern. Es haben damals eine Menge Leute ihr Geld bei der Geschichte verloren. Er war übrigens gar nicht auf den Kopf gefallen, der alte Minkenberg; ein sehr eleganter Kavalier, schneidiger Reiter und amüsanter Parleur. Bloß von Geschäften verstand er nichts; er war so anständig, selbst immer mit hineinzufallen bei seinen Gründungsversuchen. Der edle Graf Roppe hat es trotz seiner hohen Abkunft nicht verschmäht, seinem Busenfreunde das Vermögen seiner Frau, die eine Bauerstochter aus Schievelbein war, bis auf den letzten Heller abzuknöpfen. Und dann soll sie sich haben von ihm scheiden lassen. Nachher ging's rasch bergab mit dem armen Mann. Er pumpte sich so durch und trat in politischen Versammlungen als Redner auf. Erst bei den Antisemiten und dann bei den Sozialdemokraten. Als ich ihn das letzte Mal hier in Berlin traf, versuchte er, mich für seine neueste geniale Idee zu erwärmen: er wollte einige Spree-Inseln pachten, um eine Kaninchenzucht darauf anzulegen. Er führte damals den Spitznamen „der falsche Hase“. Er soll auch wirklich in Fangschleuse bei Köpenick ein Institut eröffnet haben; aber das undankbare Volk wollte von seinen Karnickeln nichts wissen. Er war auch damals noch ein schöner Mann, trotz seiner Heruntergekommenheit. Ich habe ihm noch einen alten Winterpaletot von mir geschenkt. Ein Jahr darauf war er tot. Sie sollen ihn eines Morgens erfroren aufgefunden haben. Er hatte sich auf dem Heimwege im Schnee verirrt.“

„Ach, was Sie sagen!“ rief der General und dann schüttelte er den Kopf und seufzte. „Hmhmhm, was doch das menschliche Leben alles — ehem, so mit sich bringt. Den einen läßt es gemütlich auf die höchsten Bäume klettern, den anderen schleift es im Dreck. Und das war so ein charmanter Kamerad, der Minkenberg — erinnere mich noch sehr gut. Na, und was ist denn aus dem Sohne geworden?“

„Der war schon als Fähnrich fertig mit dem Seinigen,“ erwiderte der Major prompt. „Wie er sich so lange hat über Wasser halten können, das ist mir ein Rätsel. Er sitzt aber doch immer noch auf Strehlen. Sein Schwager wird wohl gehörig haben bluten müssen.“

„Na, da wollen wir ihm nur wünschen, daß er seine Apothekertochter kriegt. Ist doch übrigens toll, was solche Leute einem adligen Namen nachlaufen! So'n Staatsmädel wie die könnte doch gewiß in ihrem Kreise die glänzendsten Partien machen.“

„Gott gebe, daß darin so bald keine Aenderung eintritt,“ sagte der Major schalkhaft. „Wo sollten denn unsere armen Junker sonst noch den Mut hernehmen, Leutnants zu werden.“

In diesem Augenblicke trat Herr von Menern an Se. Exzellenz heran und flüsterte ihm die Bitte zu, seine Gattin zu Tische führen zu wollen. Es war eine gewisse Unruhe in die ganze Gesellschaft gekommen, sobald man bemerkte, daß der Hausherr mit dem Spannzettel unterwegs war. Jeder von den Herren hätte überaus gerne das Fräulein Schönbeck geführt und auch die Damen waren sehr begierig zu erfahren, welcher Kavalier ihr zugeteilt werden würde, weil sie davon eine Bestätigung ihrer Vermutungen erwarteten.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020310/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

zeriren sein würde. Wenn aber auch durch eingehendere Erforschung des Sachverhalts die objektiven Unterlagen einer Beleidigung beschafft würden, so sei ein strafrechtliches Vorgehen doch aussichtslos. Denn dem Auffordernden, mag er sich ausgedrückt haben, wie er will, habe sicherlich das Bewußtsein, Wajewitz zu kränken oder an seiner Ehre zu verletzen, gänzlich gefehlt, denn es wäre ja geradezu widersinnig gewesen, so zu handeln, wie er es gethan haben soll, wenn der Mann dabei bewußt gewesen wäre, hierdurch nicht sein Ziel zu erreichen, sondern nur Wajewitz in seiner Ehre zu verletzen.

Diese letzte Deduktion ist ganz besonders reizvoll. Danach könnte man also jemanden ruhig auffordern, einen Einbruchsdiebstahl zu begehen. Objektiv ist das zwar eine grobe Beleidigung, aber ein strafrechtliches Verfahren (wegen Beleidigung wenigstens) wäre doch aussichtslos. Denn es hätte ja sicherlich das Bewußtsein, den Aufgeforderten zu kränken oder zu verletzen, gänzlich gefehlt, denn es wäre ja geradezu widersinnig gewesen, so zu handeln, wenn man sich dabei bewußt gewesen wäre, hierdurch nicht sein Ziel zu erreichen, sondern den Aufgeforderten in seiner Ehre zu verletzen.

Welcher Aufwand juristischen Scharfsinns für einen Spitzel!

Nun gründet sich der Antrag des Genossen Wajewitz aber nicht bloß auf den Umstand, daß der Spitzel Namenlos ihn zu Verräterdiensten aufforderte. Der Herr Namenlos hatte nämlich später, als er von Wajewitz zur Wache transportiert wurde, in seiner Wut behauptet, Wajewitz habe bereits früher Spitzeldienste geleistet, habe schon früher Parteiangelegenheiten an die Polizei verraten. Verbrämt waren diese Behauptungen zum Ueberfluß mit allerlei Schimpfworten. Das hatte Wajewitz auch in seinem Strafantrage angegeben, nur hatte er die Schimpfworte nicht genannt, wahrscheinlich, weil er den Thatbestand der Beleidigung schon ohnehin genügend erhärtet glaubte. Der Staatsanwalt aber nimmt diese Unterlassung zum Anlaß, auch diesen Teil des Antrages abzuweisen. Wegen der Schimpfworte kann er nichts thun — denn die sind ja nicht angegeben und nach Lage der Sache hat er keinen Anlaß, um Ergänzung der Strafanzeige zu ersuchen — trotz des § 158 der Strafprozeß-Ordnung, der ihm die Pflicht auferlegt, in zweifelhaften Fällen den Sachverhalt zu erforschen!

Genosse Wajewitz will nicht locker lassen, sondern wird an die nächste Instanz gehen. Das ist recht. Es muß genau und zweifelsohne festgestellt werden, ob der deutsche Staatsbürger wirklich vor Beleidigungen nicht geschützt ist, wenn ein Spitzel sie ausstößt.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. März. Im Abgeordnetenhaus zieht sich die Generaldebatte über den Kultusetat sehr lange hin. Auch am Sonnabend kam man noch nicht zu Ende. Von Tag zu Tag reden sich Zentrum und Nationalliberale mehr in die alte „kulturkämpferische" Erbitterung hinein, und manchmal glaubt man Gespenster aus den entschwundenen Tagen der Maigesetzgebung wieder auftauchen zu sehen. Nach lebhaften Debatten vertagte man sich auf Montag.

— Eine Brotwucher-Demonstration wollen die Agrarier im preußischen Abgeordnetenhause veranstalten. Die konservative Fraktion hat nach der Nat.-Ztg. am Sonnabend einen Antrag eingebracht, die preußische Regierung aufzufordern, im Bundesrat dahin zu wirken, daß dieser höheren Zollsätze für Getreide, als sie in der Zolltarifvorlage vorgesehen sind, seine Zustimmung erteilt.

Der Erfolg des Köllerkurses. Am Sonnabend fand im schleswigschen Wahlkreise Sonderburg-Hadersleben Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Dänen Johannsen statt. Nach vorläufiger Feststellung erhielten, wie die Schlesw. Grenzp. meldet: Redakteur Jessen (Däne) 9663, Pastor Jacobsen-Scherrebek (Deutscher) 4540 und Schneidermeister Mahlke (Soz.) 480 Stimmen. Nur das Ergebnis von der Insel Aarve steht noch aus. — Der Däne erhielt 1898 10 420, 1893 9587 Stimmen. Er behauptet also seinen Stand. Der deutsche nationalliberale Kandidat ist von 3713 auf 4540 Stimmen gewachsen, der Sozialdemokrat von 312 auf 480 Stimmen.

Die Köllerei hat also die dänischen Stimmen nicht wesentlich zurückzudrängen vermocht. Die deutschen Stimmen sind allerdings um 800 Stimmen gewachsen, was wahrscheinlich der Einwanderung Deutscher zuzuschreiben ist. Die Köllerei hat daran höchstens insofern Verdienst, als sie vielleicht durch die Ausweisungen von Dänen den Zuzug des deutschen Elements gehoben hat. Das ist der ganze Erfolg, der einem Mißerfolg verzweifelt ähnlich sieht.

Mit welchen Mitteln übrigens manche der deutschen Stimmen erzielt sein mögen, das läßt eine Veröffentlichung des dänischen Blattes Hejmdal ahnen. Danach empfing der Arbeiter Mads Jens Lausen in Alt-Hadersleben folgenden Brief:

Alt-Hadersleben, den 6. März 1902.

Ich hoffe bestimmt, daß Sie Sonnabend, den 8. d. M. den beigelegten Stimmzettel in der Schule in Alt-Hadersleben abgeben. Da Sie Invalidenrente beziehen, so kann man wohl von Ihnen annehmen, daß Sie auch deutsch stimmen werden.

J. Christiansen,
Ortsvorsteher.

Mit diesem Brief folgten Stimmzettel, welche mit einem sehr deutlichen Kennzeichen, nämlich drei Punkten hinter dem Wort Scherrebek versehen sind.

Unser schleswig-holsteinisches Parteiblatt, die Kieler Volkszeitung bemerkt dazu: „Es ist selbstverständlich, daß die Sache ein Nachspiel haben wird, das für Beteiligte unbehaglich werden kann."

Der Umsturz in Permanenz. Wie aus Darmstadt, sogar telegraphisch, berichtet wird, hat der Großherzog von Hessen auf dem in der II. Kammer veranstalteten parlamentarischen Abend auch in diesem Jahre wieder Gelegenheit genommen, sich mit dem Genossen Ulrich in eine nähere Unterhaltung einzulassen. Der Großherzog ließ sich im Laufe des Abends an dem Tische der sozialdemokratischen Abgeordneten nieder und kam mit dem genannten Abgeordneten und seinen Gesinnungsgenossen lebhaft ins Gespräch. — Was wird man in Potsdam dazu sagen?

Ein „Sieg" der Antisemiten. So nennt die Staatsbürgerztg. die letzte aufgelöste Puckerversammlung! Wie dieser Sieg aussieht, das zeigt ein ausführlicher Bericht, dem wir folgendes entnehmen: „Es hatten sich etwa 3000 Personen eingefunden, darunter zahlreiche Sozialdemokraten, wegen eines Vortrags des Abg. Werner über den Zolltarif. Schon während Werners Rede entstand derartiges Getöse, daß sich der überwachende Polizeibeamte wiederholt den Helm aufsetzte und mit der Auflösung drohte. Als ein Redner über eine „schreckliche rituelle Gesellschaft" im Reichstag schimpfte, mußte die Versammlung der Auflösung nur durch eine schleunige Vertagung. Ein Handlungsgehilfe behauptete dreist, Genosse Stadthagen habe in früheren Jahren stark in Getreide spekuliert. (Stürmische Pfui-Rufe.)

Nachdem einige Arbeiter unter Beifall und Widerspruch sich gegen jede Zollerhöhung ausgesprochen hatten, erfolgte eine kurze Pause, worauf Graf Pückler das Wort zu folgenden Ausführungen nahm: Ich freue mich, vor einer so großen Versammlung zu reden, bitte Sie aber auch, sich hübsch ruhig und anständig zu benehmen. (Großes Gelächter. Ruf: Fauler Kopp!) Die Stunde ist gekommen, wo wir die Juden energisch beim Kragen nehmen müssen. Von Ihnen erwarte ich, daß Sie jetzt das Zeichen zum Sturm geben und die frechen Judenkerle verkeilen. (Unbeschreiblicher Lärm. Rufe: Aufreizung!) Der Vorsitzende unterbricht hier den Redner und fragt die Versammlung: Fühlen Sie sich gereizt? (Rufe: Nein! Ja!) Nun, die Ja rufen, haben sich Instruktionen vom Vorwärts geholt. (Lärm.) Graf Pückler fortfahrend: „Wenn wir die Juden Gauner, Lügner, Spitzbuben usw. schimpfen, so ist das ihnen ganz egal; sie bleiben ruhig, und wenn wir mit Worten noch so gewaltig auf sie einhauen. Wenn wir sie aber beim Kragen nehmen, nehmen sie ihren Kremel und reisen aus. (Großes Gelächter.) Der Vorsitzende klingelt und macht den Redner darauf aufmerksam, daß der Polizeileutnant mit sofortiger Auflösung gedroht habe, falls noch weiter aufreizende Worte fielen. Pückler: Wenn auch die Polizei kommt, so ist das egal, es muß riskiert werden. Wenn wir mit der Polizei freundlich thun, wird sich diese mit der Zeit an die Judenkeilerei gewöhnen. Dann kommt vielleicht die Zeit, wo die Polizei mit uns auf die Juden keilt. (Toller Beifall und Lärm.) Es müssen sich immer 20 bis 30 von uns zusammenthun und jeden Juden verkeilen . . .

Hier erhebt sich der Polizeileutnant und löst die Versammlung auf. Unter Hochrufen auf Pückler und Absingung des Liedes: Deutschland, Deutschland über alles, worein sich die Klänge der Arbeiter-Marseillaise mischen, leert sich der Saal."

Mit dem Dreschgarten muß man Mitleid haben. Aber Strafe gebührte den antisemitischen Buben, die den Unglücklichen reden lassen, damit er ihre Versammlungen und leeren Taschen fülle, und die dann hinterher jubeln über antisemitische Siege!

Oesterreich-Ungarn.

Ein weit angelegter Plan. Aus Wien wird berichtet: In industriellen Kreisen besteht die Absicht, alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit die Initiative zum Abschluß einer Zollunion zwischen Oesterreich, Rumänien, Griechenland, Serbien und Bulgarien von der Regierung ergriffen werden könne.

Türkei.

Schrecken ohne Ende. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Hier herrscht zunehmende Furcht vor Attentaten auf den Sultan. Die Patrouillen in den Straßen wurden verdoppelt. Die Fourgons des Dampfers Augusta Viktoria wurden auf lästige Weise überwacht und von Spionen verfolgt. Ebenso wie den Geltic acht Tage vorher, hielten die Behörden auch dieses Schiff in den Dardanellen fest, bis die Zeit des Schreckens verstrichen war. Der Palast des Sultans, das Gefängnis Murads und die Wohnungen der anderen Prinzen werden nachts durch einen dreifachen Kordon umlagert. Es scheint, als ob mit der Durchführung Fonad Paschas Beweise zu Tage gekommen waren, denn noch nie sind so viele Verhaftungen, besonders auch in Offizierskreisen, vorgenommen worden. Ueberall herrscht allgemeine Erbitterung, man befürchtet einen Ausbruch des Volkswillens. Hoffentlich gelingt es der Pforte, für das bevorstehende Quartalsende Gelder anzuschaffen.

Süd-Afrika.

Hamiltons Feldzug. Aus Bethel wird gemeldet: General Hamilton ist am 24. Februar von Ermelo aufgebrochen und am 28. in Waterstroom eingetroffen, ohne den Feind gesehen zu haben. Die Kolonne setzte am 2. März ihren Marsch fort. Die Schwierigkeiten desselben wurden noch durch Regen und Nebel erhöht. In der Nähe von Bloedriver stieß die Kolonne auf eine Burenabteilung, die deshalb wurde und sich daraus zurückzog. Die Kolonne stellte fest, daß die Abteilung sich schon längere Zeit an jenem Orte aufgehalten und gut verschanzt hatte. Die Kolonne langte ohne Zwischenfall in Vryheid an.

Keine Friedensverhandlungen. Die Meldungen über den Beginn von Friedensverhandlungen erklären sich, nach den Behauptungen der Morgenblätter daraus, daß Kitchener und Botha unterhandelt haben über die Haltung der Gefangenen in den Konzentrationslagern. Die Begnadigung vieler zahlreicher Gefangener sei das Ergebnis der Unterhandlungen gewesen.

Nordamerika.

Allerhöchste Zufriedenheit hat Prinz Heinrich in der amerikanischen Presse über seine Reise kundgegeben. Er hat ihr folgendes Bulletin durch seinen Adjutanten zugehen lassen:

„Se. kgl. Hoheit ist von seiner Reise durch das Innere der Vereinigten Staaten sehr befriedigt. Er ist sich voll bewußt, nur einen kleinen Teil der Vereinigten Staaten und auch nur oberflächlich gesehen zu haben. Er hatte seine Zeit vielleicht besser ausgenutzt, wenn er in einer der größeren Städte des Ostens geblieben wäre, ist aber überzeugt, daß in Anbetracht des Charakters seiner Sendung die Reise durch das Land das Richtige für ihn gewesen ist. Er hat eine sehr zutreffende Anschauung von der Größe des Landes und seinen Hilfsquellen erhalten. Höher als diesen Eindruck schätzt er aber den herzlichen Willkomm, den er überall gefunden hat, einen Willkomm, der darthat, daß das Volk die Absicht verstand und würdigte, die der Kaiser mit seiner Entsendung verfolgte."

Die Wendung, daß ihm ein längerer Aufenthalt in einer Stadt mehr genutzt hätte, als die Pariserre Rundreise, zeugt von Einsicht. Indessen muß sich der Prinz trösten: Prinzen lernen ein Land niemals richtig kennen, weil für sie überall Potemkinsche Dörfer bereit stehen.

China.

Hei lebet noch! Jetzt wird plötzlich bekannt, daß der angeblich hingerichtete Tungfuhsiang lebt! Reuters Bureau meldet aus Peking unter dem 6. März: „Tungfuhsiangs Vorgehen erregt ungemütliche Stimmung bei Hofe. Tungfuhsiang hat eine beträchtliche Armee bei sich, und die Kaiserin Witwe sieht ihm vor kurzem durch Prinz Tu schreiben, daß sie ihm einen guten Lebensunterhalt sichern wolle, wenn er bereit sei, seine Armee zu entlassen. Tungfuhsiang lehnte das Anerbieten ab mit dem Bemerken, daß er sich mit einer Armee sicherer fühle. Der Hof befürchtet, daß der General zur Plünderung übergehen wird, wenn ihm andere Mittel zur Unterhaltung seiner Armee ausgehen und daß dies zu einem Aufstand führen könne."

Ein englischer Rippenstoß an deutsche Adresse. Eine Pekinger Drahtung der Times vom 7. März besagt, der britische Gesandte verständigte die chinesische Regierung, England sei bereit, die Verwaltung der Eingeborenenstadt von Tientsin den Chinesen am 1. Mai zu übergeben, vorausgesetzt, daß die übrigen Mächte damit einverstanden sind. — Deutschland ist bekanntlich die einzige Macht, die sich weigert, die selbstverständliche Forderung Chinas zu erfüllen.

Parteiangelegenheiten.

Ein furchtbares Zuchthausurteil wurde wiederum in Mecklenburg — vom Schwurgericht Güstrow gegen einen Arbeiter in einem Meineidsprozeß ausgesprochen. Dem Vorwärts wird über den Hergang der Sache berichtet:

Das Schwurgericht verhandelte am Freitag und Sonnabend eine Meineidsklage mit politischem Hintergrunde. Abgeordneter Herzfeld gründete im Dorfe Kamin seines Wahlkreises einen Rechtsschutzverein für Landarbeiter; an die Gründung knüpfte sich ein Prozeß gegen den Vereinswirt wegen Uebertretung der Sonntags-Verordnung, der mit Freisprechung endete. Zeuge Arbeiter Harder sollte dabei seine Eidespflicht verletzt haben und das Schwurgericht verurteilte ihn heute zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Ein als Zeuge vernommener Amtshauptmann drückte das Siegel unter den Passus in der Anklageschrift, der Meineid sei aus Partei-Interesse geleistet, durch die Aussage, Kamin sei der Schlupfwinkel der Sozialdemokrate und die meisten Kaminer, ausgenommen ein als Kronzeuge fungierender Händler, seien ihm verdächtig und man könne sich nichts Gutes von ihnen versehen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Das Ende der Aussperrung in Greiz. Zu einer ganz imposanten Kundgebung gestaltete sich am vergangenen Freitag die Wiederaufnahme der Arbeit durch die ausgesperrt gewesenen Arbeiter und Arbeiterinnen in Greiz. Ebenso fest und geschlossen, wie sie die drei Wochen der Aussperrung zusammengehalten hatten, traten sie auch die Arbeit wieder an; in den verschiedenen Vertrauenslokalen sammelten sie sich, um dann gemeinsam nach den Fabriken zu ziehen. Bei einzelnen Trupps vernahm man den Sozialistenmarsch. Im allgemeinen ging aber alles ruhig von statten. So viel bis jetzt bekannt geworden ist, ist keiner der ausgesperrt gewesenen Arbeiter bisher gemaßregelt worden. Die Fabrikanten werden wohl ihr einmal gegebenes Versprechen einlösen und keine Einzelmaßregelungen vornehmen.

Kaum jedoch, daß die allgemeine Aussperrung zu Ende ist, kommt schon wieder die Nachricht von einem einzelnen Fabrikstreik, der gestern von der Vorbrüchigkeit des Fabrikanten ablegt. Als die Arbeiter der Firma Heinrich Meyburg (Söhne) die Arbeit wieder aufgenommen hatten und der neue Lohntarif angeschlagen wurde, wurden die Arbeiter gewahr, daß darin Aenderungen zu Ungunsten der Arbeiter vorgenommen worden waren. Als hierauf die Arbeiter vorstellig wurden, erhielten sie die Antwort, daß die Berechnung der Löhne nach Kettenlänge wegfalle, trotz der gegenteiligen Erklärung des Fabrikanten-Vereins, daß, wer Kettenlänge und höhere Löhne bezahlt, sie auch weiter bezahlen müsse. Der Vorsitzende des Fabrikantenvereins, an den sich die Zentralkommission der Arbeiter wandte, versprach nach klarerer Aussprache, Abhilfe zu schaffen. Sein Einfluß scheint jedoch nicht groß genug gewesen zu sein, um die Firma Meyburg eines Besseren zu belehren, weshalb die Arbeiter in den Ausstand traten.

Hoffentlich wird der Streik bald wieder zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Zur Schneider-Bewegung. In München haben die Arbeitgeber im Schneidergewerbe eine schwarze Liste, auf der 414 Gehilfen in Verruf erklärt werden, angefertigt und an alle Schneidermeister weit und breit versandt. Auf dieser schwarzen Liste (wo bleibt übrigens der Staatsanwalt?) steht auch ein 62jähriger Mann, der 25 Jahre bei einer und derselben Firma gearbeitet hat. Die Arbeit wird in Kisten nach auswärts gesandt. Die Würzburger und Nürnberger Gehilfen verweigerten die Anfertigung von Münchener Streikarbeit. Agenten werden das Volumen ausschicken, um Arbeitswillige aufzutreiben. — In Kassel haben die Schneider einen schnellen Erfolg errungen. Sie traten 250 Mann stark in den Streik. Bei den eingeleiteten Verhandlungen ermäßigten sie etwas ihre Forderungen und konnten am Freitag bereits die Arbeit wieder aufnehmen. Nur die Unterschneider stehen noch im Ausstande. — In Ulm fordern die Gehilfen Abschaffung von Kost und Logis, Erhöhung des Stundenlohns, Einschränkung der Akkord- und Sonntagsarbeit. — In Leipzig bestehen bei der Firma Albert Frankenberg Differenzen wegen der Entlohnung. — In Karlsruhe droht ebenfalls ein Schneiderstreik auszubrechen. — Die Flensburger Schneider wandten sich in einer längeren Aufklärungsschrift an das Publikum, in der sie ihre Forderungen, die von den Meistern rundweg abgewiesen wurden, ausführlich begründen.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. In der mechanischen Weberei zu Zittersbach sind sämtliche Arbeiter ausständig. — Die Textilarbeiter von Ronneburg (Sachsen-Altenburg) fordern eine Lohnerhöhung von 10 Proz., schleunige Arbeitszeit und möglichste Beschränkung des Treisubsystems. — In Hamm sind bei Gebr. Schopflocher Differenzen ausgebrochen. Bronzearbeiter und Metallsammer werden erzielt, Zutzug zu vermeiden. — In Nordhausen siegte bei den Arbeitnehmern die Liste des Gewerkschaftskartells ohne Gegenkandidaten. — In Eisenach gelang es den Innungen, alle Arbeitsnachweise zu erringen. — Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Filialstelle Berlin) beschloß in ihrer letzten Sitzung, analog dem Beschlusse der letzten General-Versammlung, die Mitglieder des Verbandes, die zur Zeit arbeitslos sind und den Arbeitsnachweis der Innung meiden, zu unterstützen.

Ausländische Lohnbewegungen. Die Diamantarbeiter-Aussperrung hat zahlreiche Fallissements zur Folge gehabt. Um der dadurch hervorgerufenen Beunruhigung des Marktes entgegenzuwirken, hatten die Antwerpener, Pariser und Amsterdamer Juweliere an das Syndikat der Diamantenhändler in London das Ersuchen gerichtet, die Einfuhr roher Diamanten vorläufig einzustellen. Wie Het Volk aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat das Syndikat es abgelehnt, darauf einzugehen. In der Grube zu Forchies (Belgien) weigerten sich die Arbeiter, infolge von Meinungsverschiedenheiten mit der Direktion, einzufahren. Man befürchtet, daß die Grubenarbeiter des hiesigen Bezirks sich immer mehr für den Ausstand entscheiden und nun aus Brüssel das Signal zum Generalstreik erwarten. — In den „National Bergwerken" des Rhenish-Thales, Südwales, haben letzten Sonnabend 1200 Bergleute die Arbeit niedergelegt, da sie es ablehnten, mit zwei Nichtgewerkschaftlern zusammen zu arbeiten. Die Beamten der Bergarbeiter-Föderation wurden sich gegen diesen Streik aus. — Die Metallarbeiter der großen neapolitanischen Werke von Pattison (englische Gesellschaft) sind seit längerer Zeit ausständig. Die Direktion glaubte, die Arbeiter, wie in früheren Jahren, nach einem Tage Streik bedingungslos an die Arbeit zurückkehren zu sehen. Dies ist aber nicht eingetreten; der italienische Metallarbeiter-Bund, der etwa 12 000 Mitglieder zählt, hat die Sache der Streikenden zu der seinen gemacht. Er hat einen Beamten hingeschickt, der den Streik zu leiten hat und hat den Streikenden überdies materielle Unterstützung in Aussicht gestellt.

Handel und Wandel.

Das Ehrengerichtsverfahren vor dem Ehrengericht der Berliner Börse gegen den Redakteur Georg Bernhard von der Berliner Morgenpost ist auf Mittwoch den 12. März anberaumt worden. Es handelt sich bekanntlich um eine Denunziation der Dresdner Bank, die ein ehrengerichtliches Urteil gern herbeiführen möchte, um auf einfache Weise einen ihr durch seine Unparteilichkeit unbequemen Kritiker unschädlich zu machen. Die Verhandlung vor dem Ehrengericht findet öffentlich statt. Der Angeklagte hat die Ladung des Herrn Kommerzienrats Gutmann, sowie des Archivars Stegemann als Zeugen beantragt. Er kündigt noch eine weitere Abrechnung an, indem er schreibt, daß man sich über die zum mindesten grob fahrlässig falschen Behauptungen der Denunziationsbriefe der Dresdner Bank noch nach dem Termin werde auseinanderzusetzen haben.

Trebertrockniddt und Ermer. Eidrechter Schmidt hat, wie die Hess. Corr. angeblich authentisch meldet, dem Untersuchungsrichter unter Abweisung jeder eigenen Schuld mitgeteilt, daß die Leipziger Bank bereits im März 1899 über den schlechten Stand der Trebertrocknungs-Gesellschaft völlig orientiert war und an der Ausstellung der alljährlichen günstigen Bilanzen mitwirkte. Die Verhandlung gegen die Direktoren und Aufsichtsräte der Leipziger Bank findet in der im Mai tagenden Schwurgerichtsperiode statt. Der Beschluß des Leipziger Landgerichts wird in Kürze erfolgen.

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co. in Nürnberg. Das von der Schuckert-Gesellschaft erbaute und betriebene Elektrizitätswerk der Stadt Stuttgart ging um die Summe von 6 Mill. Mark in den Besitz der Stadt über. Die Uebergabe erfolgt am 1. April.

Wie verlautet, gedenkt die Schuckert-Gesellschaft auch für das laufende Jahr keine Dividende zu zahlen. Und Aufsichtsratstantiemen?

Gerichts-Zeitung.

Schöffengericht.

-e. **Gefährlicher Viehhandel.** Am 12. Dezember v. J. befanden sich im Gasthofe in Reichenberg bei Moritzburg der Fleischergeselle Friedrich August Stiefler aus Kamin mit seinem Arbeitgeber, dem Fleischermeister B., um Vieh zu handeln. Unter den Interessenten befand sich der Gutsbesitzer und Standesbeamte Gommlich. Stiefler handelte mit Gommlich um einen Ochsen, sie wurden aber nicht einig. Darüber kam es zu Streitigkeiten und Schimpfereien. Stiefler hat nun geäußert, die Reichenberger seien ja alle betrüger, worauf die Polizei losging. Stiefler hat Gommlich vom Stuhle gerissen und zwei andere Einwohner gehörig verdamm. Stiefler gilt als ein „Schläger", der wegen derartiger Exzesse schon wiederholt und erheblich vorbestraft ist. Das Gericht erkennt diesmal auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020310/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerbegericht.

Sitzung vom 4. März.

Vorsitzender: Gewerbegerichtsrat Dr. Hänsche. Arbeiterbeisitzer: Tischler Fischer, Schlosser Wagner. Unternehmerbeisitzer: Tischlermeister Weinhold, Schlossermeister Hartmann.

Wegen Streitigkeiten im Lehrverhältnis klagt der Werkzeugmaschinenlehrling Hartbecker rep. dessen Vater gegen die Fabrik für Bauartikel und Fahrradbau, vorm. O. W. Schladitz, Aktiengesellschaft, auf eine Entschädigung von 300 M. Der Lehrling ist nach Ansicht des Vaters zu lange an der Hebelmaschine beschäftigt, worüber sich dieser wiederholt bei der Firma beschwerte. Schließlich ist der junge Mensch entlassen worden und zwar, wie vom Vertreter der Beklagten geltend gemacht wird, wegen fortgesetzter Unbotmäßigkeit, die nach dem Lehrvertrag zur Entlassung berechtigt. Es kann also erwiesen gelten, daß der Lehrling sich wiederholt unartig und widersetzlich gezeigt hat; aber andererseits ist es auch hohe Unbill von der Firma, wenn dem jungen Menschen von seiner geringen Kostgeldentschädigung, die er erhielt, zeitweilig Strafabzüge bis zur Hälfte der Kostentschädigung gemacht wurden. Außerdem haben die Beamtenen der Firma den Fehler gemacht, den Lehrling auf seinen Wollen an der Hebelmaschine zu lassen, ohne den Eltern hiervon Mitteilung zu machen. Für die Begründung der Entschädigung spricht es jedoch an dem erforderlichen Schadensnachweise, da die auf vier Jahre vereinbarte Lehrzeit nach nicht einmal zur Hälfte abgelaufen ist. Da eine Einigung bezüglich Wiedereinstellung nicht zu erzielen ist, einigt sich die Partei des Klägers schließlich mit 30 M. Entschädigung zufrieden, und erklären die Parteien das Lehrverhältnis für gelöst.

Als mangelhaft begründet, und daher von vornherein wenig aussichtsvoll, erweist sich die Klage des Tischlers Höfer gegen den Tischlermeister Fauth auf 11,20 M. restlichen Lohn. Der Kläger muß deshalb vergleichsweise mit 1 M. vorlieb nehmen.

Vollständig aussichtslos war die Klage des Schlossers Schiemenz auf 41,62 M. Lohnes gegen den Schlossermeister Lösch. Da der Anspruch des Klägers offenbar auf falschen Voraussetzungen beruht, zieht er die Klage zurück.

Zwei weitere Klagen konnten wegen Nichterscheinens beider, bezw. einer der Parteien nicht verhandelt werden. -e.

Neues aus aller Welt.

Ein Mädchenhändler entdeckt. Die Berliner Polizei entdeckte in der Schönhauser Allee, daß ein dort wohnhafter Zigarrenarbeiter aus Warschau einen schmunghaften Handel mit Mädchen nach dem Auslande betrieb. Die Polizei fand in der Wohnung nur die Ehefrau mit 4 Kindern vor, sowie eine Frauensperson, die mit einem jungen Mädchen zu Besuch gekommen sein wollte. Die Frauensperson wurde in Haft genommen; der Person des Arbeiters hat man noch nicht habhaft werden können.

Der Mord am Franzosenpfuhl. Die Obduktion der Leiche des ermordeten Gaudin, so wird aus Berlin berichtet, ergab Zertrümmerung des Schädels durch Hieb mit einem Säbel oder Faschinenmesser. Der Tod ist also nicht durch Ertrinken erfolgt. Die Gardedragoner Gefreiter Schulz und Brigadeschreiber Schirmer haben ihr Alibi für den 9. Februar vollkommen erbracht, dafür sind zwei ehemalige Gardedragoner, die am 9. Februar mit Gaudin in Berührung gekommen waren, für heute zur Vernehmung geladen. Es werden auch noch andere Spuren verfolgt.

Marburg, 8. März. In Heiligengeist erschlug ein 20jähriger Taubstummer seine Mutter und den herbeieilenden Knecht, weil die Mutter gegen seine Heiratspläne war. Die Schwester rettete sich durch die Flucht. Der Mörder verarbeitete die Leiche der Mutter unter dem Dünger, die des Knechtes unter den Kartoffeln im Keller.

Ein eigenartiger Mord. Aus Ödenburg (Ungarn) wird vom 10. März berichtet: Der Gemeinderat von Egersbegy, Dr. med. Gyal, wurde von dem Grundbesitzer Puclac erschossen, weil er die schwerkranke Frau und das Kind des Puclac nicht vom Tode erretten konnte.

Agram, 8. März. Die Save ist ausgetreten und hat zahlreiche Ortschaften überschwemmt.

Cherbourg, 9. März. Die Schifferbarke Victorine mit sechs Mann an Bord ist bei der Insel Herm gesunken. Die Mannschaft ist umgekommen.

Konstantinopel, 9. März. In Mecca wurden bis zum 6. März 74 Cholerafälle konstatiert. In Mekka kamen bis zum 7. März 15 derartige Fälle vor. Der Sanitätsrat ordnete in einer gestern abgehaltenen außerordentlichen Sitzung notwendige Maßregeln an, um die Verbreitung der Seuche bis zur Rückkehr der Pilger aus Mekka zu verhindern.

New-York, 8. März. Ein Eisenbahnzug, der nach dem Westen ging, stieß bei Del Paso mit einem anderen Zuge zusammen. Es wurden dabei 13 Personen getötet, zahlreiche andere verletzt. 9 Passagierwagen verbrannten. Es sollen insbesondere Einwanderer auf dem Personenzug gewesen sein.

Schiffbruch und Seenot. Aus San Domingo wird berichtet, daß der englische Schooner Kavalier, der auf der südlichen Küste gescheitert war, von den Eingeborenen geplündert und in Brand gesteckt worden ist.

Briefkasten.

100. Sie müssen einen Antrag stellen, dabei aber beachten, daß ein Rechtsanwalt für Gewährung des Armenverfahrens nicht besteht. Im Grunde genommen wird also ein solcher Antrag ein Gesuch sein. Dem Antrag sind Zeugnisse, Aufrechnungsbescheinigung und ärztliches Zeugnis beizufügen.

Dresdener Theater.

Montag den 10. März.

Opernhaus. (Altstadt.) Die Zauberflöte. Große Oper in zwei Akten von Schikaneder. Musik von W. A. Mozart. Anfang ½7 Uhr.
Dienstag: Hoffmanns Erzählungen.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Mr. Hobbs. Lustspiel in vier Aufzügen von Jerome K. Jerome. Deutsch von Wilhelm Wolters. Anfang ½8 Uhr.
Dienstag: Flachsmann als Erzieher.

Residenztheater. Gastspiel von Felix Schweighofer. Ihr Korporal. Posse mit Gesang von Costa. Anfang ½8 Uhr.
Dienstag: Gastspiel von Felix Schweighofer. Ihr Korporal.

Central-Theater.
Variété.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen:
Nachmittags (ermäßigte Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang ½4 Uhr.
Abends ½8 Uhr gewöhnl. Preise.

Victoria-Salon.
Otto Reutter!
Anfang ½8 Uhr. Sonntags ½4 und ½8 Uhr.
Im Tunnel: Frei-Konzert.

Wetterbericht nach der Wettersäule auf der Carolabrücke vom 10. März, vormittags 10½ Uhr.

Barometer: 744. — Regen, Wind.
Thermometer: + 3° R.
Thermometograph n. Reaumur: Min. — 2°, Maxim. + 6°
Hygrometer: 90%.
Wasserstand der Elbe: 67 cm — 0.

Dienstag den 11. März 1902

Arbeitslosen-Versammlung

Schützenplatz und Ostra-Allee **im Trianon** Schützenplatz und Ostra-Allee.

Tages-Ordnung:

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit – eine Kulturforderung. Referent: Karl Sindermann.

Einlass 3 Uhr nachmittags. Arbeiter, erscheint zahlreich. Der Einberuter.

Sozialdem. Verein Pieschen.
Dienstag den 11. März 1902, abends 9 Uhr
Vereins-Versammlung
im Restaurant zur Börse.
Thema: Vortrag des Genossen Block über: Materialistische Geschichtsauffassung. — Debatte. — Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Sterbekasse des Verbandes der Kranken- und Begräbniskassen Deutschlands. (Zahlstelle Dresden.)
Morgen Dienstag den 11. März, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Restaurant Hans Sachs, Schäferstraße 10, I.
T.-O.: Halbjahresbericht der zweiten Hälfte 1901 und allgemeines.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein W. Warthon.
Vertrauensmann, Berliner Str. 58.

Erklärung.

Unterzeichnete Vorstände der Brauereiarbeiter von Dresden und Umgegend erklären hiermit, daß sie mit dem Treiben des Heizers und Maschinisten Emil Watte, Plauenscher Lagerkeller, nichts gemein haben. Wir ersuchen alle Interessenten, sich wegen irgend welcher Forderungen direkt an Watte zu wenden, da wir für selbige nicht aufkommen.

Max Klippel. Bruno Winkler. Horst Wolf.

Am Anfang des Jahrhunderts.

Heft 1. Kulturelle Umwälzungen von Dr. Borchardt.
„ 2. Die Entwickelungslehre von Wilh. Bölsche.
„ 3. Die soziale Gesetzgebung von Paul Hirsch.
„ 4. Der Militarismus von Karl Bleibtreu.
„ 5. Die Kirche von Paul Göhre.
„ 6. Die Weltwirtschaft von Rich. Calwer.
„ 7. Nationalismus und Internationalismus von Dr. Ladislaus Gumplowicz.
„ 8. Die Naturgeschichte von Dr. Kurt Grottewitz.
„ 9. Die hygienische Kultur von Dr. Alfr. Grotjahn.
„ 10. Die Medizin von Dr. Ignaz Zadek.
„ 11. Liebe und Liebesleben von Dr. Ernst Gührow.
„ 12. Die Prostitution von Dr. Alfred Blaschko.

Jedes Heft 30 Pfg. (Porto 5 Pfg.)
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Zwingerstraße 22.

Abonnements
auf „Sächsische Arbeiter-Zeitung", „Volksfreund", „Wahrer Jakob", „Postillon", sowie auf jede sonstige Partei-Litteratur nimmt entgegen
Hermann Schmidt, Pirna, Holdergasse 3, 1. Et.
Annahme von Inseraten.

Bürger-Schänke Palmstr. 1
1 Minute vom Postplatz
Alleiniger Ausschank von
Münchner Klosterbräu „Monopol"
(früher genannt Salvator).

Lagerhalter-Verband.
Dienstag den 11. März, abends
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

ff. Cacao-Thee
mit Zucker kandiert
billiges u. gesundes Getränk
Pfd. nur 23 Pf. beim
Chocol.-Hering

Neustadt's Knaben-Anzüge
einfache u. elegante Genres
zu bekannt billigsten Preisen!
L. Neustadt
Wettinerstr. 31
Bischofspl. 6.

Telephon 1682.
Patente
Ing. Hülsmann
Dresden-A., Maximilianallee 1.

Brennspiritus
Liter 24 Pf.
R. Klingenberger
17 Freiberger Platz 17.

Gut erhaltene gebr. Möbel: Hübsches Sofa 25 M., Ruhestuhl 6 M., Sofatisch 5 M., Küchentisch 6 M., Waschtisch 3 M., Bettstelle 4 M., Bettstelle m. Federmatr. 18 M., Bettstelle mit Strohmatr. 8 M., Chaiselongue 18 M., Büfett 22 M., Wäscheschrank 12 M., runder Tisch 6 M., Ausziehtisch 15 M. sof. zu verk. Schützengasse 21, 1. Etage.

Legehühner
12 Monate alt, anerkannt fleißige Eierleger, beliebige Farbe, garantiert lebende Ankunft, frachtfrei, voll- und emballagefrei pr. Nachn. je 1 Stamm 13 Stück mit Hahn M. 23, 17 St. mit Hahn M. 14. M. Loeker, Cardone Riviera No. 84. Italien.

Kinderwagen a. Privatb., sehr g. erh., b. z. verk. Jordanstr. 24, pt., l. Just.

Plauen.
Abonnements
auf die Arbeiter-Zeitung, Wahren Jakob, Postillon, sowie alle andere Arbeiter-Litteratur nimmt entgegen
Hermann Graf
Falkenstrasse 61, II. Et.

Nur noch 3 Wochen in Dresden.
Grosser russischer
Circus M. Beketow
an der Münchner Straße.
Täglich abends 8 Uhr: Brillante Vorstellung.
Jeden Mittwoch u. Sonntag 2 Extra-Vorstellungen
Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Die Programmnummern zur Nachmittags-Vorstellung sind ebenso reichhaltig und wertvoll als die der Abend-Vorstellung.
In sämtl. Vorstellungen persönliches Auftreten des Direktors M. Bekelow mit neuen hier nie gesehenen Dressuren. — Herr C. Caberel, der bedeutendste und anerkannt beste Schulreiter der Gegenwart. — 2 Hernandez, die Könige der Lüfte, mit einem vollständig neuen Akt an der Zirkusdecke. — Der Riesen-Elefant Jimbo II. — Mlle. Feodora, die elegante Schulreiterin. — Sämtl. Clowns und Auguste mit neuen Späßen, u. a. Belling der populäre, Gontard mit seinen Haustieren. — Die russ. Tänzertruppe Tartakoff. — Die besten Reitkünstler u. -Künstlerinnen. — H. Althoffs neuester Jockey-Ritt auf dem schmalen Rande der Manege. — Außerdem viele Neuheiten. Billetvorverkauf: Cigarren-Geschäfte Wolff, Seestraße und Postplatz und an der Circuskasse den ganzen Tag.

Radfahrer!
Die sicherste Bremse am Fahrrad ist die neue Freilauf-Bremsnabe (Patent), Modell 1902. An jedem Rade anzubringen.
Verlangen Sie hierüber Prospekt.
P. Schmelzer, Mechaniker, Ziegelstr. 19. Telephon Amt I, 4640.

Kinderwagen in vorzüglichster Ausführung erstaunlich billig. Löbtau, Poststraße 8. Gottlebe.

Rat, Gesuche, Klagen, Eingaben, a. schriftl. Arbeiten z. billigst. I. Zimmermann, Torgauer Str.

Herrschaftl. getrag. Herrenkleider verkauft Gebler, Drehgasse 8.

Zwei neue, bessere Herrenanzüge, sonst 46—48 M., 22—24 M. Pillnitzer Straße.

Einem strebsamen Bierverleger ist Gelegenheit geboten, bei mäßiger Anzahlung ein gut u. flottgehendes Flaschenbier-Geschäft zu übernehmen.
Gefl. Offerten unter K. 500 an die Exped. d. Zeitung erbeten.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Für das Feuilleton: Dr. Gustav Morgenstern, Dresden.
Druck und Verlag: Naben & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 56. Dresden, Montag den 10. März 1902. 13. Jahrgang.

Der Kongreß zu Tours.

Die Preßverhältnisse der Partei

wurden in ihrer ganzen Traurigkeit in der Debatte am Dienstag offengelegt. Die Pet. Rep. ist bekanntlich Privateigentum in Händen von Nichtsozialisten. Das ist höchst bedenklich, wie die Maßregelung Vivianis bei der Lanterne zeigt. Er mußte bekanntlich wegen seiner Weigerung, die Interessen der Gasgesellschaften zu vertreten, die Redaktion niederlegen. Der Berichterstatter Orry erklärte, daß die 30000 Fr., die bei den bescheidensten Ansprüchen für das erste Jahr da sein müßten, nicht zu beschaffen seien. Was in Deutschland, in Belgien und Dänemark möglich, ist in Frankreich unmöglich: die französischen Proletarier sind zu arm und wenig zielbewußt. Zum Schluß schlägt Orry vor, doch eine Geldsammlung zu beschließen. — Bagnol betont die zweifelhaften Resultate einer Geldsammlung und beantragt, irgend eine genossenschaftliche Kombination zu versuchen. — Gérault-Richard schlägt die runde Summe auf 1 Million Fr. an. Er schlägt ein monatliches oder wöchentliches Organ vor. Nach weiterer Debatte wird beschlossen, ein periodisches Organ ohne nähere Bestimmung der Erscheinungsfristen zu gründen.

Es folgt der

Bericht der Kammerfraktion.

Devèze verliest den gedruckten Bericht. Aus der früheren allgemeinen Kammerfraktion sind 14 Delegierte ausgetreten. Einer, Breton, der die Blanquisten verließ, trat wieder bei. Der neugewählte Sozialist Bouveri-Montceau ging dagegen zur neuen „revolutionär-sozialistischen Fraktion". Sie zählt 13 Mitglieder, die alte Fraktion 30. Ihr gehören noch immer die Allemanisten Allemane und Renou an, obgleich ihre Organisation aus der Partei austrat.

Der Hauptinhalt des Berichts gilt der Rechtfertigung der parlamentarischen Haltung der Fraktion unter polemischen Ausfällen gegen die antiministerielle Fraktion. An theoretischen Gründen findet man im Bericht ganz konfuse Phrasen über den Zusammenhang zwischen Republik und Sozialismus unter Berufung auf — Victor Hugo. Es wird auch hingewiesen auf die „von der republikanischen Partei gegebenen Reformen." . . . Ferner wird die indifferente Haltung der meisten Deputierten in Bezug auf die Agitation gerechtfertigt. Zum Schluß wird das „lichtvolle Bild" des Berichts doch durch „einige Schatten" verdunkelt. Der Fraktion fehlt nämlich eine Kleinigkeit: „der feste Zusammenhang der Mitglieder, der Geist der Disziplin, der eine politische Macht schafft". Trotz der „herzlichen" Beziehungen unter den Mitgliedern, die der Bericht eingangs hervorhebt, haben die Abgeordneten nach und nach sich vollständig den Besuch der Fraktions-Versammlungen „abgewöhnt". Daher die zerfahrenen Abstimmungen der Abgeordneten, die bekanntlich fast regelmäßig in allen wichtigeren Fragen auf dreifache Weise votierten: für, gegen und Enthaltung. Der Bericht meint freilich, daß, von Prinzipienfragen abgesehen, jedem Abgeordneten eine gewisse Bewegungsfreiheit gelassen werden müsse „zur Befriedigung von individuellen Temperamenten oder lokalen Interessen". Der Bericht versucht sogar aus der Buntheit der Abstimmungen ein Argument gegen die „revolutionär-sozialistische Fraktion" zu ziehen: wozu die Schaffung einer neuen Fraktion, da man ja innerhalb derselben Fraktion sich frei bewegen könne? . . . Im übrigen vertröstet der Bericht auf die Zukunft, auf die neue nach den Kammerwahlen zu organisierende Fraktion, in Bezug auf die Vergangenheit könne man nur sein Bedauern aussprechen. Von den skandalösen Abstimmungen für die Beglückwünschung der China-Expeditionstruppen und die Zarenkredite u. a. m. schweigt der Bericht.

In der Debatte fielen scharfe Worte. Aber von einer einschneidenden prinzipiellen Kritik war keine Rede. Es wurden fast nur einige, allerdings tolle Einzelfälle erörtert. So tadelte Lenormand (Antiministerialist), solche Mitglieder aufzunehmen, wie Jourde-Bordeaux, der stets ministeriell stimme, ohne sich um die Interessen des Proletariats zu kümmern. Es sei eine Schande, daß Jourde stets für die Interessen der „nationalen Armee" eintrete, für Schaffung neuer militärischer Ordenszeichen sich ins Zeug lege und dergleichen. „Ein Bourgeois-Abgeordneter würde es nicht wagen, so zu handeln. (Unruhe.) Und ich meine nicht nur Jourde, sondern noch andere."

Kosczinsko erklärt, daß ein Kriegerverein, dessen Ehrenpräsident Jourde, eine Geldsammlung veranstaltet hat, um dem Zaren einen Ehrendegen zu präsentieren. Könne Jourde nun noch Fraktionsmitglied bleiben?

Thizon beschwert sich namens der Agitationskommission des Generalkomitees über die Lässigkeit der Abgeordneten in der Agitation. Die Beziehungen zwischen Komitee und Fraktion müßten statutarisch geregelt werden. In der Fraktion gebe es Abgeordnete, die keiner sozialistischen Organisation angehörten, es fehle also jede Handhabe ihnen gegenüber.

Frau Renaud kritisiert die Ausführungen des Berichts über die Harmonie zwischen Sozialismus und Republik. Die Harmonie gelte nur für die soziale Republik. Man solle den Sozialismus nicht, wie gestern geschehen, auf die Menschenrechte von 1789 zurückführen.

Ein Delegierter aus Bordeaux teilt mit, daß die dortige Föderation Jourde über sein Votum für das Kriegs- und Kolonialbudget befragt habe. Bisher habe Jourde noch nicht geantwortet. Die Föderation habe beschlossen, seine Kandidatur nur dann anzuerkennen, wenn er sich verpflichte, gegen das Kriegsbudget usw. zu stimmen.

Weitere drei Redner tadeln das Votum der sechs Abgeordneten für die Beglückwünschung der Chinatruppen. Niemand aber erwähnte das Votum für die Zarenkredite.

Devèze bemerkt in einem kurzen und nichtssagenden Schlußwort, daß es keine Mittel gebe, gewisse Abgeordnete aus der Fraktion auszuschließen. Möge der Kongreß eine Regel aufstellen.

Der Kongreß billigt den Fraktionsbericht unter „gewissen Vorbehalten", da nämlich in einer späteren Sitzung Einzelfälle noch zur Sprache kommen sollen.

Die Prinzipienerklärung,

deren Inhalt wir bereits kurz charakterisierten, wurde in der Abendsitzung einstimmig und debattelos angenommen. Jaurès hatte sich beschränkt, die von der Kommission ausgearbeitete theoretische Einleitung des Programms ohne weitere Bemerkungen zu verlesen. Die Delegierten nahmen — das ist recht charakteristisch — die von ihnen nur einmal und nur einmal gehörte Erklärung an, während der im Generalkomitee in zahlreichen Sitzungen ausgearbeitete und auf dem Kongreß selbst hinlänglich beratene Programm-Entwurf einfach beiseite geschoben wurde.

Der Vorsitzende Viviani freute sich über das einstimmige Votum, bewunderte das Stück „Rednerkunst", das das Programm darstelle, und stellt es an Schönheit der Erklärung der Menschenrechte von 1789 gleich.

Dann begründete Briand in wenigen Worten die von der Kommission ebenfalls einstimmig votierte

Resolution über die Ministerfrage:

Schon im Dezember 1899 („Einigungskongreß") sei beschlossen worden, daß zur Teilnahme an der Regierung die Zustimmung der Partei erforderlich wäre. Die Resolution Amsterdam hätte jenen Beschluß erneuert. Jetzt sei es an der Zeit, aus dieser Resolution die praktische Nutzanwendung zu ziehen. Bisher wäre dies unmöglich gewesen, ohne Personenfragen zu berühren. Jetzt aber sei es anders; morgen werde der „ministerielle Versuch" (d. h. Millerands Ministerschaft) ein Ende nehmen. (Redner meint damit den Sturz oder die Demission des Ministeriums nach den Wahlen.) Man könne also einen Beschluß fassen ohne „Hinrichtung von Personen", „ohne Leichname".

Die Zuhörer konnten danach glauben, daß die Resolution fürchterliche Dinge enthält. In Wirklichkeit aber ist sie so harmlos, daß sie von Millerand selbst gleich am ersten Tage seiner Ministerschaft ohne die geringste Lebensgefahr, ja, ohne die geringste Gefahr für sein Portefeuille hätte votiert werden können. Sie lautet:

„In Ausführung der vom internationalen sozialistischen Kongreß zu Paris votierten Resolution über die Teilnahme eines oder mehrerer Sozialisten an der Bourgeoisregierung beschließt der Kongreß, daß von der nächsten Legislatur ab kein Sozialist in eine ministerielle Kombination eintreten darf, solange hierüber ein Parteitag nicht anders entschieden hat."

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen unter vereinzeltem und schwächlichem Beifall.

Briand legt dann die Grundlinien des Entwurfs der Reorganisation der Partei vor. Es handelt sich um eine gründliche Loslösung der einzelnen Föderationen von einander und der Gesamtpartei — im Namen der Autonomie und des Föderalismus. Nach einigem Widerstreben einer kleinen Minderheit votierte der Kongreß die Grundlinien „im Prinzip" und ernennt eine Kommission zur endgültigen Ausarbeitung der Statutenänderung.

Heppenheimer erklärt, daß seine Sonderorganisation (Broussisten und Possibilisten) bereit sei, gemäß dem in Lyon gemachten Versprechen, sich aufzulösen, um in der Gesamtpartei aufzugehen.

Die gleiche Erklärung giebt die „Revolutionäre Sozialistische Föderation" ab, die freilich, ebenso oder noch mehr als die broussistische, ein Schattendasein führt.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Wahlrechtspetition macht das Organ des konservativen Landesvereins, das Vaterland, zum Gegenstand einer ziemlich eingehenden Betrachtung, wobei das Blatt ausnahmsweise einmal ziemlich sachlich bleibt, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß die Argumente des Blattes von besserer Qualität seien als seine sonstigen. Das Blatt verteidigt die Wahlrechtsverschlechterung, indem es sich hinter den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des freien, gleichen, direkten Wahlrechts verkriecht, der vor der Wahlentrechtung eingebracht wurde. Man wärmt wieder das lächerliche Märchen auf, dieser Antrag sei die eigentliche Veranlassung zu der Einführung des Dreiklassenwahlrechts gewesen. Einer Widerlegung bedarf eine so alberne Argumentation nicht. Es genügt, sie als Beweis dafür festzunageln, daß die sächsischen Reaktionäre in der Verteidigung des Wahlrechtsraubs am Ende ihres Lateins angelangt sind.

Darauf beschäftigt sich das Blatt mit einigen Sätzen der Petition und bestreitet, daß das Wahlrecht ein angeborenes, in der Natur der Dinge begründetes Recht sei. Dann heißt es weiter:

Es wird also (in der Petition) als ein Recht der Arbeiter, das soll aber hier heißen der Sozialdemokraten, hingestellt, daß sie 14 Parteiangehörige im Landtage haben müßten. Danach müßte also jeder politischen Partei der jeweilige Besitzstand garantiert werden. Das ist natürlich lächerlich. Das würde nicht nur die Verknöcherung, sondern die Versteinerung des ganzen politischen Lebens herbeiführen und Zustände, wie sie mit „Chinesentum" bezeichnet werden.

Vorher sprach das Vaterland davon, daß diese Argumentation in der Petition geradezu komisch sei. Wir wußten nicht weshalb, aber daß man im Vaterland die drohende Verknöcherung und die Versteinerung gegen die Forderung des freien, gleichen, direkten Wahlrechts und für das Dreiklassenwahlsystem anführt und das Chinesentum als Popanz hinstellt, ist geradezu zwerchfellerschütternd. Was wäre wohl mehr als das plutokratische Dreiklassenwahlrecht geeignet, die politischen Zustände zu verknöchern und ein Chinesentum herbeizuführen. Das war doch auch der offenbare Zweck, den die Wahlrechtsvernichter verfolgten. Die Entwickelung wollten sie aufhalten, indem sie das Volk entrechteten, ihm die Waffe des Wahlrechts aus der Hand wanden und an Stelle der Entscheidung durch das Volk das Votum des Geldsacks setzte. Die Vorrechte des Geldsacks, der oberen Zehntausend sollten für die Ewigkeit konserviert oder, um mit dem Vaterland zu reden, verknöchert und versteinert werden. Das Vaterland könnte uns in seiner Hilflosigkeit leid thun. Es hat sich in der Verlegenheit um Gründe gegen die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts in eine höchst blamable Argumentation verrannt, für die sicher die verbohrtesten Wahlrechtsvernichter kein Verständnis haben. — Die übrigen Gründe des Vaterlands für das Dreiklassenwahlrecht stehen auf demselben Niveau.

Im übrigen ersieht man aus dem Vaterlande, daß es noch nicht recht weiß, wie es sich zu der Petition stellen soll. Es beschränkt sich daher in dieser Beziehung auf folgende ziemlich unbestimmt gehaltenen Auslassungen:

Bei den Ergänzungswahlen zur Zweiten Kammer 1897 und 1899 haben die Sozialdemokraten „Wahlenthaltung" bekanntlich proklamiert. Erst bei den letzten Wahlen haben sie sich beteiligt. Wenn es ihnen auch bei der letzten Wahl nicht gelang, Abgeordnete ihrer Richtung in den Landtag zu bringen, so ist doch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß sie das bei einer der künftigen Wahlen erreichen werden. Das gegenwärtige Wahlgesetz ist noch zu kurze Zeit in Geltung. Seine Wirkungen und Ergebnisse auf die Zusammensetzung der Zweiten Kammer lassen sich noch nicht genügend übersehen. Daher glauben wir, daß es verfrüht wäre, schon jetzt an dessen Abänderung heranzutreten. Wir sind auch der Ansicht, daß, wenn einmal eine Aenderung vorgenommen werden sollte, diese sicher nicht in der Richtung geschehen würde, daß man auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zurückkäme. Die Resultate, die das Reichstagswahlrecht gezeitigt, Resultate, die sicher nicht in der Absicht des damaligen Gesetzgebers gelegen, sind ein warnendes Beispiel dafür, wie ein solches Gesetz nicht gestaltet sein darf. Wir fürchten auch, daß wir infolge des Reichstagswahlgesetzes schweren politischen Erschütterungen entgegengehen. Solche das ganze wirtschaftliche und soziale Leben auf das äußerste schädigende Ereignisse wollen wir aber, soviel an uns liegt, unserem engeren Vaterlande erspart wissen.

Ein freies, gleiches und direktes Wahlrecht giebt es nach dem Vaterland unter allen Umständen nicht, es ist übrigens gegen jede Aenderung, weil das Dreiklassenwahlrecht noch nicht erprobt wäre. Hierbei hat das Vaterland dem Anscheine nach die Rede

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Wochenspielplan der königlichen Hoftheater. Opernhaus: Montag: Die Zauberflöte. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Hoffmanns Erzählungen. (Anfang ½8 Uhr.) Mittwoch: Lohengrin. (Anfang ½7 Uhr.) Donnerstag: Der Trompeter von Säkkingen. (Anfang ½8 Uhr.) Freitag: VI. Sinfonie-Konzert, Serie B. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Gastspiel Coquelins: Cyrano von Bergerac. Sonntag: Don Pasquale. (Anfang ½8 Uhr.)

Schauspielhaus. Montag: Mrs. Hobbs. (Anfang ½8 Uhr.) Dienstag: Flachsmann als Erzieher. (Anfang ½8 Uhr.) Mittwoch: König Heinrich IV. 2. Teil. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Zum erstenmal: Es lebe das Leben. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Es lebe das Leben. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: König Heinrich V. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Es lebe das Leben. (Anfang 7 Uhr.)

Um die Wahrheit heißt das neueste Gemälde von Sascha Schneider, das in Richters Oberlichtsaal jetzt die ganze Kunstwelt füllt. Die Absicht des Künstlers ist, uns das Ringen der Menschheit um die Wahrheit in seinen verschiedenen Formen in allegorischen Gestalten darzustellen. Wollten wir nun auch den gedanklichen Absichten des Künstlers ins Einzelne nachgehen, einen rechten Gewinn, eine Bereicherung unseres Fühlens oder eine Vertiefung unseres Denkens würden wir nicht gewinnen. Man hat den Sinn der einzelnen Bilder fühlen Herzens und unbewegten Geistes, wie man einen Bilderbogen löst: dies bedeutet das, dies das, dies jenes; und dem, der zweifelt, giebt eine in der Ausstellung ausliegende Erklärung alle wünschenswerte Auskunft. Aber nicht eine von den zehn Bildtafeln giebt uns das beglückende Gefühl des unmittelbaren Ueberspringens des Funkens aus der Künstler Seele in die unsere, ja keine gewinnt über das Kennen der Bedeutung hinweg tieferen Gefühlswert für uns. Das macht: die innerlichen und philosophischen Grundlagen und Stoffe für seine Darstellungen haben den Künstler selbst nicht bis ins Innerste ergriffen, haben nicht tief und stark genug in seiner Seele gelebt. Und darum gelingt es seiner künstlerischen Phantasie auch nicht, sie erschöpfend und überzeugend in bildliche Anschauung umzusetzen. Er begnügt sich allzu oft mit einer rein äußerlich dekorativen Wirkung. Er kommt nicht zu bezwingender Symbolik, er zeigt uns allegorische Gestalten, die etwas „personifizieren".

Prüfen wir das an einigen der Bildtafeln nach. Auf langem Mittelstreifen der unteren Bilderreihe ist eine Kampfscene dargestellt. Auf schwarzem Grunde, der offenbar aus einer Erinnerung an die Vasenmalerei herkommt, sehen wir eine Anzahl Männer und Jünglinge, deren nackte Leiber alle in Schattenumrissen modelliert sind, einander mit Spießen und Schwertern zu Leibe gehen. Gefallene liegen zwischen ihren Füßen. Die Akte sind sehr gut nur der Farbe gezeichnet, das Können des Malers ist imponierend. Dieser Kampf soll nun aber „den wilden und schonungslosen Kampf, der sich unter den Menschen beim Suchen nach den höchsten Zielen entsponnen hat", darstellen. Ja, aber davon spüren wir wenig, wohl sehen wir Typen; der rechts da, sagen wir uns, das ist der Vertreter der brutalen Kraft, der Rothaarige ist der Fanatiker, der blonde Jüngling mit dem breiten blauen Schwert, der soeben in den Kampf zu treten, ist der edle Idealist. Im allgemeinen sehen wir aber nur antikisierende Akte. Daß hier für höchste geistige Güter am höchsten gekämpft wird; die Botschaft hören wir, allein uns fehlt der Glaube! Dazu ist die Kampfesleidenschaft, die wir hier sehen, einerseits nicht elementar, andererseits nicht vergeistigt genug. (Nebenbei gesagt: auf einem Bilde, auf dem „um die Wahrheit" gekämpft wird, wirkt das gemalte Feigenblatt, das hier in Sammlungsweise angewendet, doch recht empfindlich.) — Dann sehen wir in der oberen Bilderreihe im zweiten Felde von rechts einen vom Throne herabgestiegenen König, mit dem jungen Friedrich Nietzsche, der von der Wahrheit ergriffen ist. Hinten auf dem Opferturm stehen die Titel zweier seiner Bücher: „Also sprach Zarathustra", „Jenseits von Gut und Böse". Dies Bild beweist am schlagendsten, wie äußerlich Sascha Schneider seine Stoffe erfaßt. Weder der Ausdruck der Gestalt selbst, noch der Raum, in dem sie steht, vermittelt irgend etwas Wesentliches von der Gedankenwelt und Denkart dieses großen Erbitterten und Wahrheitsuchers. Und der Stoff ist an sich so schön. Was könnte ein Künstler aus dem wirklichen Eindringen in Nietzsches Weltanschauung und Nietzsches Persönlichkeit für ein prächtiges symbolisches Bild schaffen. Eine einsame große Hochgebirgswelt etwa als Hintergrund, und davor eine in sich versunkene Gestalt eines edlen, heißen, leidenden, gegen sich selbst und seine eigenen Gedanken und Empfindungen unerbittlichen Mannes, dem doch der unbändige Wille der Persönlichkeit aus den Augen bricht. Ein „dekoratives Panneau" wie das Schneiders genügt da jedenfalls nicht. — Oberflächlich erfaßt erscheint uns auch auf dem ersten Bilde rechts die Gestalt, die die Sozialdemokratie darstellen soll. Der wohlgenährte, freilich ruhig, etwas träumerisch wohlwollend blickende Jüngling im fast priesterlichen Kleide mit der roten Fahne, die ihm schön und mächtig hinterm Haupte wallt, ist gewiß an sich eine prächtige Erscheinung, aus dem Wesen der Sache giebt er blitzwenig. Von der lebendigen kämpferischen, von wacker, schlagbereiter Kraft zeigt uns kein Beispiel jeder Zug. Die Hand, die das ganz leicht ausdeuten könnte, liegt lässig am Gabelwickchen.

Aehnliche Dinge ließen sich auch noch auf anderen Tafeln des Werkes aufzeigen. Trotzdem andere Teile des Werkes stärkere Eindrücke hinterlassen, so viel bleibt wahr: die gedankliche Aufgabe, die der Künstler sich selbst gestellt hat, ist für ihn zu groß gewesen, er hat sie nicht erschöpft. Er ist weder in ihre letzten Geheimnisse hinab- noch zu ihren höchsten Gedankenhöhen hinaufgestiegen. Das Umsetzen eines geistigen Inhalts in unmittelbar wirkende Anschauung, das ihm früher in manchen seiner Zeichnungen, so im Gefühl der Abhängigkeit, gelang, auf diesem Bilde gelingt es ihm eigentlich nirgends.

Haben wir darauf verzichtet, so bleibt manches an dem Werke zu loben. Ein bedeutendes Können als wichtigstes. Dieses Können verrät sich in der sicheren Zeichnung und im klugen und geschmackvollen Abwägen der farbigen Wirkung auf dem einzelnen Bilde. Rein dekorativ genommen, sind verschiedene der Bilder, so namentlich das Feld mit dem Gepanzerten, ganz prächtig. Diesem Können steht ein merkwürdiges Stilgefühl zur Seite. So sieht das Einzelne auch sein mag, ein gewisser persönlicher Stil hält auch dieses Werk fest zusammen. Nötigte uns dies Können und dieses Stilempfinden nicht immer wieder Achtung ab, so würde sich vor diesem Bilde die Erinnerung an die Vorderseite einer Jahrmarktsbude, in der alle Wunder der Welt gezeigt werden, noch stärker aufdrängen. Carl Meißner.

Wiecke-Vorlesung. Auf dem Programm der Vorlesung russischer Lyrik, die Paul Wiecke am Mittwoch zum Besten einer in Not geratenen bedeutenden Schauspielerin veranstaltet, stehen Werke folgender Dichter: Puschkins, Lermontoffs, Koltzows, des Grafen Alexis Tolstoy, Nadsons, Apuchtins, Turgenjews, des Großfürsten Konstantinowitsch und Maxim Gorkis.

Der Dresdner Goethebund veranstaltet morgen im Vereinshause einen Vortrag über Hans Holbeins Totentanz. Dieses Werk gehört bekanntlich zu den bedeutendsten Schöpfungen der deutschen Kunst; es hat zahlreichen späteren deutschen Künstlern starke Anregungen gegeben und auch die Kunstlitteratur nachhaltig beschäftigt. Beim Kunsterziehungstage sprach Alfred Lichtwark über dieses Werk. Lichtwark hat nicht viel Sympathie für Lichtbildervorträge. Er ist dafür, daß jedem Besucher des Vortrages womöglich das besprochene Kunstwerk in einer Nachbildung in die Hand gegeben werde. Für verschiedene Werke, darunter auch Holbeins Totentanz, hat er dies ermöglicht. Durch Massenherstellung kann der Holbeinsche Totentanz (in 12 Bildern) jedem Besucher für den billigen Preis von 25 Pf. gegeben werden, so daß ein jeder auch zu Hause dann sich des Kunstwerkes erfreuen kann. Es stellte sich aber bei dem Vortrage

des Abg. Lotz gegen die Aangdahmelsche Wahlrechts-Petition im vorigen Landtage zu Rate gezogen. Man bewegt sich wenigstens ganz in dem Lotzschen Fahrwasser. Das sein Wahlrecht begehrende Volk wird hingehalten. Möglich, daß man diese Taktik auch jetzt wieder gegen die Wahlrechts-Petition anwendet.

Gegen die Fernbehandlung Kranker durch Bücher und Zeitschriften richtet sich ein Antrag des Landesmedizinalkollegiums, den dieses beim Ministerium eingebracht hat. Der Antrag geht dahin, eine solche Fernbehandlung durch Bücher usw. unter Strafe zu stellen und die Ankündigung und Empfehlung solcher Fernbehandlung bei Strafe zu verbieten. Gegen diesen Antrag wendet sich eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Petition der Mittelsächsischen Bundesgruppe des Bitzschen Naturheilverfahrens in Dresden-Radebeul, welche diese Eingabe als gegen die segensreiche Thätigkeit der Naturheilvereine überhaupt gerichtet ansieht. In dieser Petition wird die theoretische Aufklärungsarbeit der Naturheilvereine des Näheren dargelegt und gleichzeitig werden darin die Verdienste hervorgehoben, die sich diese Verbindungen durch Errichtung von Volksbädern, Lungenheilanstalten, Schrebergärten und anderen gemeinnützigen Einrichtungen, sowie um die Beseitigung der Wohnungsnot und im Kampfe gegen den Alkoholismus erworben haben. Nicht mit Unrecht wird von den Vereinen auch der erzieherische Einfluß auf weite Kreise unseres Volkes nachdrücklich betont, und die Aufklärung auf dem Gebiete der Heilkunde als die beste Schutzwehr gegen die Ausbeutung durch Kurpfuscher und Charlatane erklärt. Im Falle nun dem Antrage des Landesmedizinal-Kollegiums Folge gegeben würde, wäre dieses Aufklärungsbestreben lahmgelegt, es könnten selbst, nach Meinung der Anhänger des Naturheilverfahrens, anerkannt wertvolle und zu wahren Familienbüchern gewordene Schriften, wie Dr. Bocks Buch vom gesunden und kranken Menschen, Dr. Schrebers Zimmergymnastik und vielleicht gar das vom deutschen Reichsgesundheitsamt herausgegebene Gesundheitsbüchlein auf den Index kommen.

Diese Einwände sind jedenfalls sehr beachtlich. Man kann über die Heilmethode mancher Naturheilkünstler verschiedener Meinung sein, die segensreiche Wirksamkeit der Naturheilvereine und der aufklärenden Schriften von Bock und anderen dürften wohl nur von Aerzten angezweifelt werden, die eine Beeinträchtigung ihres Einkommens in solch aufklärender Thätigkeit erblicken.

Ein Gemeindesteuergesetz wird nach Berichten bürgerlicher Blätter, die in staatsfreundlichem Sinne schreiben und daher wahrscheinlich „sachliche Auskunft" im Ministerium erhalten haben, diesem Landtage noch nicht vorgelegt werden. Denn die Anschauungen über die Gestaltung des Gesetzes haben sich, so heißt es, auch im Schoße der Regierung noch nicht völlig geklärt. Außerdem ist es unbedingt nötig, daß ein ausführliches statistisches Material zur Beurteilung der gesamten Materie der Vorlage beigegeben wird. Dieses Material ist bis jetzt aber noch nicht zu beschaffen gewesen. Auch in Landtagskreisen gehen die Anschauungen über das zu erwartende Gesetz sogar innerhalb der einzelnen Fraktionen noch sehr auseinander, so daß es wohl angebracht erscheint, die ganze Angelegenheit bis zum nächsten Landtag zu vertagen.

Das Vermögenssteuergesetz soll nicht, wie es anfangs hieß, von dem neuen Finanzminister zurückgezogen werden. Der Finanzminister besteht vielmehr auf der Durchberatung des Gesetzes. Soviel dem Vaterland bekannt geworden ist, will man in der Ersten Kammer das Gesetz nicht rundweg ablehnen, sondern es in einzelnen Punkten nicht unwesentlich modifizieren. Von zwei verschiedenen Seiten sind eingehende Vorschläge zur Abänderung der Beschlüsse der Zweiten Kammer gemacht worden. Es stehe aber mit Sicherheit zu erwarten, daß durch diese Vorschläge das Zustandekommen des Gesetzes nicht gefährdet wird.

Die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft zählte im Jahre 1900 insgesamt 12312 Betriebe, welche 130 125 Arbeiter und Betriebsbeamte durchschnittlich beschäftigten. Die von den Unternehmern gezahlten Lohn- und Gehaltsbeträge betrugen rund 97 000 000 M., so daß auf einen Arbeiter durchschnittlich auf das ganze Jahr der Betrag von 716 M. kommt. Die Zahl der Verletzten, für welche im Laufe des Jahres Unfallentschädigungen erstattet wurden, betrug 4350, das ergiebt auf 1000 versicherte Personen 32,16 Verunglückte. Von den durch Betriebsunfall Betroffenen waren 88 sofort tot, 350 blieben dauernd, wenn auch nur teilweise, erwerbsunfähig, 195 waren vorübergehend, jedoch länger wie 13 Wochen, arbeitsunfähig. Die 88 Getöteten hinterließen 67 Witwen mit 117 Kindern. Der größte Teil der Unfälle, 397, ereignete sich durch Fall von Leitern, Treppen, in Vertiefungen usw., 147 ereigneten sich durch Auf- und Abladen, zu schweres Heben und Tragen usw., 152 durch Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen von Gegenständen usw., 74 durch die Benutzung des Handwerkszeugs usw. Die von den Unternehmern an die Genossenschaft gezahlten Umlagen betrugen rund 1 Million Mark. Auf jeden durchschnittlich versicherten Arbeiter und Beamten kommt der Betrag von 7,80 M. für das Jahr. Die Genossenschaft zahlte an 4029 Verletzte Unfallrenten im Gesamtbetrag von 657 301 M., 629 Witwen Getöteter erhielten 101 107 M., 820 Kinder 95 849 M. Hinterbliebenenrente. An 819 Verletzten wurden Heilverfahren durchgeführt, die 30 911 M. kosteten. Die Verwaltung der Genossenschaft erforderte inklusive der Kosten für Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigung sowie der Ueberwachung der Betriebe usw. den netten Betrag von 233 264 M.

Chemnitz. Die Vorzugsbehandlung der Getreuen ist nicht immer zweifelsfreier Natur, wie in einer Strafsache, die am hiesigen Kriegsgerichte in drei Verhandlungen zum Austrag kam und sich gegen den Soldaten Mosera von der 12. Kompagnie des 10. Infanterieregiments Nr. 134 richtete, deutlich bewiesen wurde. Mosera war angeklagt, am 8. Januar dem ausdrücklichen Befehl des Getreten M., Ehrn zu lassen, keinen Gehorsam geleistet, vielmehr im Ungehorsam beharrt, den Getreten beleidigt und, nachdem ihm von diesem die Strafe angekündigt worden war, Widerstand geleistet zu haben. Der betreffende Getreite wurde von allen, vom Kompagnie-Chef bis zu den Mannschaften, inklusive des Angeklagten, als stellvertretender Stubenältester mit Vorgesetzteneigenschaft betrachtet und doch lautete das Urteil auf **Freisprechung**. Zur Erklärung des Urteils diene folgendes: Die Dienstvorschriften verlangen, daß jeder Wechsel der Vorgesetzten und auch die Verleihung der Vorgesetzteneigenschaft — wenn auch nur vorübergehend — an Getreite, als Stubenältester, Korporalschaftsführer usw., oder deren Stellvertreter den Mannschaften in gehöriger Weise bekannt gemacht wird. Daß das aber im vorliegenden Falle geschehen ist, dafür war der Beweis nicht zu erbringen. Erklärte doch selbst der Kompagnie-Chef als Zeuge: „So feierlich wird ein Stellvertretender Stubenältester nicht eingesetzt." Das Gericht hielt aber an der Dienstvorschrift fest, nach der ein Vorgesetzter erst dann die Eigenschaft als solcher erlangt, wenn er den Mannschaften in genügender Weise — durch Befehlsausgabe, Aushang oder sonstwie — bekannt gemacht worden ist. Im vorliegenden Falle hat nach dem objektiven Ergebnis der Beweisaufnahme der Getreite die Vorgesetzteneigenschaft infolge dieses Mangels nicht gehabt und deshalb erkannte das Gericht auf Freisprechung.

Zwickau. Die Errichtung einer Ingenieurschule in unserer Stadt, womit man demnächst beginnen wollte, ist infolge eines recht nichtigen Streites in Frage gestellt worden, was im Interesse der gewerblichen Arbeiterschaft am Platze sehr zu bedauern ist. Den Stein des Anstoßes bildet die Wahl des Baumeisters. Der Rat der Stadt hatte mit allen gegen eine Stimme den Beschluß gefaßt, daß die Ausführung des Baues dem Baumeister Wolf übertragen werde. Demgegenüber hat in der letzten geheimen Sitzung das Stadtverordneten-Kollegium anders beschlossen. Es lehnte einfach den Ratsbeschluß mit einer Stimme Mehrheit ab und entschied sich für einen anderen Baumeister. Nun beharrt aber das Direktorium der Ingenieurschule weg und sich darauf, daß der Baumeister Wolf, nebenbei gesagt der erste Vorsitzende des Stadtverordneten-Kollegiums, mit dem Bau der Ingenieurschule betraut werde. Sollte sich jedoch das Stadtverordneten-Kollegium nicht eines Besseren besinnen, so wollen eben die beiden Direktoren der Ingenieurschule auf den Neubau gänzlich verzichten und sich nach einem anderen Platze umsehen, wo ihnen mehr Entgegenkommen gezeigt wird. Es sollen auch thatsächlich dem Direktorium bereits von anderen Städten günstige Angebote gemacht worden sein, die Ingenieurschule nach dort zu verlegen.

Die Arbeitslosigkeit im Plauenschen Grunde.

Am 19. Januar wurde im Plauenschen Grunde ebenso wie in Dresden und Umgegend eine Arbeitslosenzählung vorgenommen. Das genaue Resultat kann leider erst jetzt veröffentlicht werden, weil die Bearbeitung des Materials nur abends nach Feierabend von den damit Betrauten ausgeführt werden konnte. Die Veröffentlichung kommt aber insofern gerade noch zu passender Zeit, als bekanntlich eine amtliche Arbeitslosenzählung auf Anordnung der Amtshauptmannschaft Dresden-A. vorgenommen worden ist. Da man zweifellos bei dieser amtlichen Zählung ein sehr minimales Resultat herausbekommen wird — die ganze Art der Ausführung läßt darauf schließen — so ist es immerhin gut, daß ein wirkliches Resultat der Arbeitslosigkeit im Plauenschen Grunde zur Verfügung steht. Denn was man über die Ausführung dieser amtlichen Arbeitslosenzählung erfahren hat, erfüllt uns nur mit geringer Hoffnung auf ein den wirklichen Thatsachen entsprechendes Resultat. Es wird wohl ein äußerst günstiges Resultat — für die Behörden! natürlich — herausspringen. Man wird sagen, die Sozialdemokraten haben wieder einmal maßlos übertrieben, als sie von einem außerordentlichen Notstand, hervorgerufen durch die außerordentliche Arbeitslosigkeit redeten. Vielleicht ist gar bei der amtlichen Arbeitslosen-Zählung der Vater der Wunsch des Gedankens gewesen, daß eine möglichst kleine Zahl herausspringen möchte. Braucht man dann doch keine außerordentlichen Maßnahmen, Notstandsarbeiten 2c. in Angriff zu nehmen und kann das Geld sparen. Nun, allen diesen eventuellen Hoffnungen macht das Resultat der Arbeitslosenzählung der organisierten Arbeiterschaft einen dicken Strich durch die Rechnung. Es zeigt deutlich, daß die Arbeitslosigkeit eine nie erreichte Höhe in diesem Winter erreicht hat. Nachstehende Tabelle beweist dies:

	Industrielle Arbeitslose	Werkzeugnetzer	Ledig	Kinder	Werktätige	Fehl
Borchardt	186	118	68	281	1007	—
Teuben	179	82	97	155	1329	1
Birkigt	49	36	14	106	254	6
Burak	48	33	15	82	198	5
Teichchen	21	12	9	54	154	—
Niederpesterwitz	21	11	10	28	145	2
Kleinnaundorf	24	10	14	25	213	1
Osterlee	123	91	32	229	1150	4
Wurgwitz mit Hammer und Kehlsdorf	9	5	4	17	51	—
Jauckerode	17	7	10	19	210	4
Weisig	13	3	10	3	110	—
Rabenau	26	15	11	30	181	6
Altcunnersdorf	31	20	11	51	276	—
Niederhermsdorf	9	4	5	12	104	1
Kleinerich	2	—	2	—	28	—
Schlieder	13	5	8	24	117	1
Gorbitz	37	25	12	42	346	3
Zöllen	46	27	19	60	665	2
Cunnamsdorf u. Somsdorf	30	21	9	49	179	2
Eckersdorf	5	3	2	8	27	—
Niederhäslich	34	23	11	46	299	1
Hainsberg	31	16	13	51	158	1
	954	566	387	1371	8764	32

Auch das nahende Frühjahr scheint keine durchgreifende Besserung bringen zu wollen in den Arbeitsverhältnissen. Ueberall sollten Staat und Gemeinden so viel wie möglich öffentliche Arbeiten in Angriff nehmen lassen.

Wie uns noch gemeldet wird, hat auch der evangelische Arbeiterverein in Gittersee eine Arbeitslosenzählung veranstaltet. Er ist dabei aber so leichtfertig vorgegangen, daß dem von ihm ermittelten Resultate, das wesentlich niedrigere Zahlen ergiebt, absolut keine Bedeutung zukommt. Die christlichen Arbeiter können es nun einmal nicht lassen, sich bei den Behörden „Lieb Kind" zu machen und gegen ihre eigenen und die Interessen ihrer Klasse zu sündigen.

Die Arbeit, die das Gewerkschaftskartell des Plauenschen Grundes geleistet hat, ist anzuerkennen, zumal, wenn man bedenkt, daß sie kostenlos geleistet worden ist. Die Arbeitslosigkeit ist eine ungeheuer große. Das kann angesichts der veröffentlichten Zahlen niemand wegleugnen. Die ganze Planlosigkeit der privatkapitalistischen Produktion wird trau durch sie bewiesen. Möchten die Arbeiter des Plauenschen Grundes daraus ersehen, daß sie durch besseren Ausbau der Organisationen, politische wie gewerkschaftlicher, mitarbeiten müssen an der Milderung ihrer Schäden und an ihrer endgültigen Beseitigung.

Niederfedlitz. Ein eigentümliches Verfahren beobachtet die Leitung der sich im Konkurs befindenden Kummerwerke. Seit einigen Wochen läßt man einen Teil der noch beschäftigten Leute bis 9 Uhr abends arbeiten. Wenn auch anerkannt werden muß, daß man einige früher dort beschäftigte Arbeiter wieder eingestellt hat, so ist es doch wohl nicht richtig, Ueberstunden arbeiten zu lassen, wo ein Teil der vor Monaten Entlassenen arbeitslos herumläuft. Man würde wohl zur jetzigen Krisis genügend Arbeiter bekommen können und an Arbeitsplätzen mangelt es bei dieser Firma auch nicht.

Niederfedlitz. Der am 8. Februar nachts auf dem Heimwege überfallene und durch einen Hammerschlag auf den Kopf getötete Privatus Kretzschmar ist nun seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Thäter ist bis jetzt noch nicht entdeckt worden.

Pirna. Wie die Dr. N. melden, hat sich das Dunkel, das über der Persönlichkeit des am Mittwoch früh in der Nähe des Bahnhofes in Pirna erschossen aufgefundenen älteren Mannes herrschte, der sich als Techniker A. Lockmann aus Breslau angegeben hatte, nunmehr gelichtet. Die Recherchen haben ergeben, daß der Unglückliche der Molkereidirektor Rudolf Laußmann aus Friedrichshütte in Oberschlesien ist.

Gommlitz. Am Sonnabend abend brach im Kunzschen Wohnhaus Feuer aus, das in kurzer Zeit Wohnhaus, Scheunen und Scheune einäscherte.

Reichenberg. In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde die Petition der unansässigen Einwohner um Erhöhung ihrer Vertreterzahl von 2 auf 3 mit 10 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Wenn die unansässigen Einwohner von Reichenberg vielleicht geglaubt hatten, die Petition, die nahezu von allen unansässigen Gemeindemitgliedern unterzeichnet ist, würde im Gemeinderat eine Mehrheit auf sich vereinigen, so haben sie sich schwer getäuscht. Sie werden wohl nunmehr endgültig eingesehen haben, daß die Dorfgewaltigen nicht gewillt sind, von ihren mittelalterlichen Vorrechten auch nur das Geringste preiszugeben. Die Bauern glauben eben, weil sie so und so viel Stück Rindvieh im Stalle stehen haben, müssen sie diesem Besitztume angemessen auch das größte Recht in der Gemeinde haben. Sie sind wahrhaftig noch reaktionärer und unständiger als unsere gewiß nicht im Geruche allzugroßer Moderne stehende sächsische Landgemeindeordnung. In ihr ist wenigstens den Unansässigen bis zu einem Viertel der Gemeinderatssitze zugebilligt, bei uns sind sie noch nicht einmal mit einem Sechstel vertreten.

---

am Kunsterziehungstage heraus, daß die Bilder des Totentanzes — obgleich wohl in Originalgröße wiedergegeben — beim Zaublichte nicht vollständig für die Betrachtung der Einzelheiten genügten. Der Vorstand des Goethebundes hat daher beschlossen, beim Vortrage die Totentanzbilder zugleich auch in Projektionsvergrößerungen zu zeigen.

Tolstoi und die deutschen Richter. Am Freitag stand vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts I der Schriftsteller Heinrich Driesmans, weil er die bekannte Antwort Tolstois an den heiligen Synod in der von ihm redigierten Zeitschrift Ernstes Wollen veröffentlicht hat. Diese Antwort stand bekanntlich im Anhang der im Verlag von Eugen Diederichs erschienenen Broschüre Der Sinn des Lebens und ist der Leipziger Staatsanwaltschaft so gefährlich vorgekommen, daß sie die Beschlagnahme der Broschüre für angebracht hielt. Die Strafverfolgung Driesmans' war auf Grund des § 28 des Pressgesetzes eingeleitet, der die Verbreitung einer beschlagnahmten Druckschrift mit Geldstrafe bis 500 M. oder Gefängnis bis zu sechs Monaten bedroht. Der Angeklagte führte zu seiner Entlastung an, daß er geglaubt habe, die durch das Landgericht Leipzig ausgesprochene Beschlagnahme beziehe sich nur auf das Königreich Sachsen, und daß er in dieser Annahme dadurch bestärkt sei, daß die Tolstoische Broschüre noch heute in Berliner Buchhandlungen ausliege und daß auch in anderen kirchlichen Zeitschriften der Abdruck noch neuerdings erfolgt sei. Auf Veranlassung des Berichterstatters Justizrats Paul Jonas wurde aus den Akten des Landgerichts Leipzig festgestellt, daß das Amtsgericht die Beschlagnahme abgelehnt hat, weil es den Tatbestand des § 103 des St. G. B. durch die Schrift von Tolstoi nicht als gegeben ansah und daß erst auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft das Landgericht Leipzig die Beschlagnahme angeordnet hat. Es wurde ferner festgestellt, daß sowohl die Staatsanwaltschaft als das Polizeipräsidium in Berlin ein Einschreiten auf Grund des § 166 ausdrücklich abgelehnt und diese Ablehnung neuerdings wiederholt hat. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 30 M. — Justizrat Jonas plädierte für die geringste zulässige Strafe, indem er insbesondere auf die Reichstags-Verhandlungen vom 8. und 12. Februar und die dort von dem Abg. Müller-Meiningen an dem Vorgehen des Leipziger Gerichts geübte Kritik verwies, die von keiner Seite aus dem Reichstage Widerspruch gefunden habe. — Der Gerichtshof erkannte auf eine Geldstrafe von 10 M. event. 1 Tag Gefängnis, indem er der Verteidigung darin folgte, daß das Vergehen des Angeklagten außerordentlich milde zu beurteilen sei.

Casati †. Am Freitag ist in Como der Afrikaforscher Hauptmann Casati gestorben, der Gefährte Emin Paschas. Casati, der 1888 geboren wurde, widmete sich zunächst der militärischen Laufbahn, verließ aber 1879 den Militärdienst und warf sich auf das Studium der geographischen Wissenschaften. Später ging er nach Aegypten und trat eine Forschungsreise durch den Süden an, die mehrere Jahre dauerte. Im Jahre 1881 traf er bei Emin Pascha in Lado ein und machte dann mit ihm den jahrelangen Verzweiflungskampf gegen die Truppen des Mahdi durch, um schließlich von Stanley „gerettet" zu werden. Seit dieser Zeit lebte Casati als Privatmann in Italien. Seine Forschungen hat er außer in dem vielgelesenen Reisebuche Zehn Jahre im Herzen von Afrika in vielen Arbeiten für Zeitschriften niedergelegt.

Hermann Allmers, der Marschendichter, dessen wir im Februar 1901 anläßlich seines 80. Geburtstags in ausführlicher Schilderung seines Werdens und Wirkens gedachten, ist gestern in Rechtenfleth, seinem Geburtsorte, gestorben. Mit ihm ist ein aufrechter Charakter dahingegangen und ein freier Geist, dessen Schaffen fruchtbringend fortwirken wird.

Die Unterscheidung des Scheintodes vom wirklichen Tod macht trotz der sehr mannigfaltigen Mittel, die dafür angegeben sind, noch immer einige Schwierigkeit, und so lange nicht ein schnelles und durchaus sicheres Verfahren dafür zu Gebote steht, wird auch die weit verbreitete Furcht vor dem Lebendigbegrabenwerden nicht aufhören. Alles Mögliche hat man gegen den Scheintod mobil gemacht, zuletzt auch die Röntgenstrahlen, die in der That ein sehr wertvolles Erkennungsmittel sein sollen. Demnach werden auch sie nicht gerade oft angewandt werden, da immer die Beschaffung eines umfangreichen Apparats und auch die Bezahlung erheblicher Kosten dazu notwendig ist. Jetzt endlich soll ein Verfahren entdeckt zu sein, das allen Anforderungen entspricht und in Anerkennung dessen auch von der Pariser Akademie der Wissenschaften mit einem Preis ausgezeichnet worden ist. Sein Erfinder ist Dr. Jeard aus Marseille; zur Anwendung kommt der bekannte Farbstoff Fluoresein. Die Prüfung beruht auf einer wissenschaftlich begründeten Thatsache. Mein Stoff kann von den Geweben des Körpers aufgenommen und weiter verbreitet werden, wenn nicht der Säftekreislauf in Stillstand ist. Wird ein dazu geeigneter Stoff, der unter die Haut gespritzt ist, durch den Körper verbreitet, so beweist eben der Säftekreislauf noch. Man nehme an, der Stoff werde in das Bein gespritzt und einige Zeit darauf in den Urinproben des Armes nachgewiesen, so muß er durch den Urinstrom dorthin geschafft sein, so muß der Urinstrom vorhanden, so ist auch noch Leben in dem Körper. Eine Lösung von Fluoresein, wie sie Dr. Jeard benutzt, besitzt eine ungeheuer stark färbende Kraft, so daß ein einziges Gramm 15 000 Liter Wasser zu färben im stande ist; dabei ist es nicht im geringsten giftig. Spritzt man etwas davon unter die Haut eines lebenden Menschen, so zeigen schon nach 2 Minuten die Haut und besonders die Schleimhäute eine starke Färbung, und der Mensch hat das Aussehen, als ob er an akuter Gelbsucht litte. Die Gewebe des Auges nehmen eine brillante Färbung an, die Pupille verschwindet, und das Auge sieht aus, als ob ein prachtvoller Smaragd hineingesetzt wäre. Die Thränen, der Speichel und der Urin sind sämtlich gefärbt, und ein Blutserum, erzeugt in einem Glas Wasser eine helle grasgrüne Färbung. In einer Stunde oder zwei sind alle diese Erscheinungen verschwunden, da dann das Fluoresein durch die Niere ausgeschieden ist.

Mundwasser in fester Form. Die Pflege des Mundes und der Zähne wird mit Recht als eine der wichtigsten Erfordernisse der Hygiene betont. Gewöhnlich bedient man sich zu diesem Zweck eines Mundwassers, dessen Zusammensetzung neben dem Ausspülen und Reinigen der Mundhöhle und der Zähne auch eine Tötung der darin befindlichen Keime herbeiführen soll. Es ist nicht zu leugnen, daß ein gutes Mundwasser diesen Zweck zu erfüllen vermag, aber die flüssige Form bringt einige Uebelstände mit sich, auf die Paul Bremer in der neuen Monatsschrift Die Krankenpflege (Verlag Georg Reimer, Berlin) hinweist. Zur Mitführung auf Reisen ist ein Mundwasser nicht sonderlich geeignet, da die Flasche zerbrechen oder ihr Inhalt infolge undichten Verschlusses auslaufen kann. Wichtiger aber ist der Uebelstand, daß von einem solchen Wasser eine ungefähre Schätzung durch das Augenmaß die gewünschte Menge genommen werden kann. Nicht jeder wird fähig sein, dabei gleich das Richtige zu treffen. Nimmt er zu viel, so können die Zähne angegriffen werden; nimmt er zu wenig, so wird der Zweck der Desinfektion nicht genügend erreicht. Man ist nun auf den praktischen Einfall gekommen, ein Mundwasser gewissermaßen in fester Form herzustellen, nämlich als Mundwassertabletten. Sie werden derart zubereitet, daß einem guten Mundwasser durch ein besonderes Verfahren die wirksamen Bestandteile entzogen, dann mit irgend einem Stoff vermischt und zu Täfelchen geformt werden. Jedes Tafelchen enthält gerade die für einmaligen Gebrauch notwendige Menge des wirksamen Stoffs und giebt noch der Auflösung in einem Glas lauwarmen Wassers ein Mundwasser in der richtigen Zusammensetzung. Je wärmer das Wasser ist, um so stärker tritt der Geschmack bei gleicher Wirkung hervor. Solche Tabletten können selbstverständlich auch zur Desinfizierung künstlicher Zähne benutzt werden. Die Täfelchen werden in flache Fläschchen mit einem Schraub-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020310/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Man kann bei diesem ebenso reaktionären wie ungerechten Verfahren nur annehmen, daß die Vertreter der Ansässigen von einer [illegible] Furcht beseelt sind vor dem weiteren Vordringen der Unansässigen. Sie haben Angst, daß mit ihren vorsintflutlichen Vorrechten noch mehr aufgeräumt werden könnte, wenn noch ein Gesetz mehr in die Rumpelkammer käme. Allerdings, zur Bewilligung von Geldern zu Schenkungen und Freikisten für den Gemeinderat sind unsere Vertreter nicht zu haben. Die Gemeinderatsmehrheit scheint es böse genommen zu haben, daß sie diesmal um das früher übliche opulente Mahl auf Regimentskosten gekommen ist.

Trotz der ungerechten Verteilung der Gemeinderatsmandate scheint man noch eine Wahlrechtsänderung zu planen, wie aus den Ausführungen eines anfässigen Gemeinderatsmitgliedes herausklang.

Eine scharfe Kritik verdient aber das Verhalten eines Auch-Anbeiters, der allerdings Hausbesitzer ist. Dieser Mann ist am eifrigsten gegen die Erhöhung der Zahl der unanfässigen Vertreter eingetreten und versucht überhaupt jede Gelegenheit, um seinen Klassengenossen, den Arbeitern, Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Nächstens soll abermals mit dem Antrage auf Oeffentlichkeit der Sitzungen an den Gemeinderat herangetreten werden. Vor der Oeffentlichkeit haben die Gegner eine gar gewaltige, allerdings begreifliche Scheu. Nun, wir werden bei dieser Gelegenheit wohl wieder sehen müssen, welch' eigenartige Begriffe von Gerechtigkeit und Fortschritt bei ihnen herrschen.

Kreischa bei Dresden. Unter den 30 Punkten der letzten Gemeinderatssitzung stand auch ein Antrag unserer Genossen um Abhaltung öffentlicher Gemeinderatssitzungen. Der Antrag wurde gegen vier Stimmen abgelehnt.

Mühlberg. Unter dem Verdachte, in einem Prozeß wegen Milchverfälschung einen falschen Eid geleistet zu haben, wurde Donnerstag der Oekonomie-Inspektor L. der königl. Domäne Borschütz bei Mühlberg a. d. Elbe verhaftet.

Zittau. In der Nacht zum vorigen Dienstag ist in Großmergthal i. B. die 70jährige ledige Marianne Gulich überfallen und ermordet worden. Der Mörder heißt Wenzel Pitz und ist bereits in Parschwitz bei Trautenau i. B. verhaftet worden. Am Tage nach dem Morde war er in Zittau bei seinem erst kürzlich hier zugezogenen Bruder und hat auch bei ihm übernachtet. Gelegentlich dieses Besuches hat er von dem Morde in Großmergthal erzählt.

Aus der Lausitz. Der schon seit etwa 7 bis 8 Wochen vermißte, etwa 37 Jahre alte Siebmacher und Dienstvermittler Wilhelm Abraham aus Hainewalde wurde heute vormittag in der Mandau beim sogenannten oberen Wehr in der Nähe der Rüttgischen Fabrik als Leiche aufgefunden. Der Mann ist wahrscheinlich ins Wasser gestürzt. — Gestern aufgefunden wurde am Freitag morgen gegen 7 Uhr in Bautzen bei den Scheunen an der Muskauer Straße ein vermutlich ungeretteter Mann. Ueber die Persönlichkeit des Toten ist noch nichts bekannt. — Einen schrecklichen Fund machte am Donnerstag Herr Rentner Louis Kirsche in der Nähe der früher dort gehörigen Sandgrube in Eckersdorf bei Zittau. Der Herrn Kirsche begleitende Hund hatte zu erkennen gegeben, daß irgend etwas Verdächtiges in der Nähe sein müsse. Darauf suchte Herr Kirsche und fand unter einem Haufen Tuchen in sehr verkommenem Zustande einen Einwohner von Zittau, welcher früher vier Jahre lang bei ihm in der Sandgrube gearbeitet hatte. Der Aufgefundene gab an, er sei seit bereits vierzehn Tagen von zu Hause fort und hätte die Absicht gehabt, am Orte seiner Auffindung zu verhungern. Der Bedauernswerte mußte vom Platze nach dem Zittauer Krankenhause gefahren werden, wo erkannt wurde, daß dessen Füße erfroren sind und jedenfalls abgenommen werden müssen. Ob der Unglückliche geistig normal, und wo er umhergeirrt ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Jedenfalls aber hat er Tage lang am Fundorte gelegen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die so gefährliche Gewohnheit vieler, Pflaumenkerne im Munde zu behalten, muß ein junges Mädchen aus Hohenstein-Ernstthal schwer büßen. Die 15jährige Tochter des Färbers Nagel diente bei Roßlau auf einem Gute, wofelbst sie bei der Arbeit einen Pflaumenkern im Munde behielt, der ihr in die Luftröhre geriet. Darauf stellte sich heftiges Stechen im Halse ein, auch trat innerliche Blutung ein, so daß das Mädchen, da die Blutung immer heftiger wurde, den Dienst aufgeben mußte und nach ihrer Heimat zurückkehrte. Auf den Rat eines Arztes begab sich das Mädchen in die Universitätsklinik nach Leipzig, wo festgestellt wurde, daß der Kern bereits bis zur Lunge gedrungen war und nur durch Operation entfernt werden könne, welcher sich die Nagel aber nicht unterzog. Sie reiste wieder nach Hause, aber am Freitag hat sie sich nochmals nach Leipzig begeben, um die gefährliche Operation ausführen zu lassen. — Als am Freitag früh die an den Wasserregulierungsarbeiten beschäftigten Schachtarbeiter in Oberreichenbach an ihr Tagewerk gehen wollten, fanden sie das über dem oberen Einsteigschacht am Oberneumarkter Kommunikationswege errichtete Bretterhäuschen erbrochen und die die Schachtöffnung während der Ruhezeit verdeckenden Pfähle bei Seite gelegt vor. Auf der Schachtsohle hingegen fand sich der Leichnam eines etwa 20 Jahre alten Mädchens von unterjetzger, kräftiger Statur. Soweit die alsbald vorgenommene amtliche Besichtigung bei dem beschmutzten Zustand der Leiche hat feststellen können, war an der linken Kopfseite eine tiefe Schwarte wahrnehmbar. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Person des Verunglückten festzustellen. Auch über den Hergang der Sache und alle sonstigen näheren Umstände breiten sich zur Zeit noch völliges Dunkel. Auffallen muß es erregen, daß es dem Mädchen allein und ohne Hilfsmittel gelungen sein soll, die feststehende und außerdem noch mit einem Riegel versehen gewesene Thür zum Schachtdach, wie man sie vorgefunden, aufzuwuchten. Die losgerissenen Teile lagen am Boden, aber keine Hilfsmittel dazu. — Auf der Fischereiausstellung in Petersburg hat u. a. die sächsische Forstakademie in Tharandt ein Ehrendiplom erhalten. — Betreffs der Tarifänderung der Leipziger elektrischen Straßenbahnen hat der Rat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, in welcher beantragt wird: den bisherigen Zehnpfennig-Einheitstarif für alle Strecken und einschließlich einmaliger Umsteigeberechtigung an allen Werk- und Wochentagen fortbestehen zu lassen, dagegen den Fahrpreis an Sonn- und Festtagen auf 15 Pf. zu erhöhen, ebenfalls für jede Strecke und einschließlich einmaliger Umsteigeberechtigung. Diese Vergünstigung soll den Straßenbahnen zunächst auf die Zeit von fünf Jahren gewährleistet, und nach dieser Zeit eine weitere Beschlußfassung über die Tariffrage vorbehalten werden. Die bisher von der Großen Leipziger Straßenbahn geübte Beschränkung des Umsteigewerkehrs auf gewissen Stellen soll in Zukunft wegfallen.

Stadt-Chronik.

Die Notstandsarbeiten-Frage ist kürzlich in einer Sitzung des Gemeinderates in Plauen erörtert worden, wie wir aus einem Bericht des Plauenschen Wochenblattes ersehen. Genosse Jungel unterbreitete demnach im Auftrag einer Einwohnerversammlung dem Gemeinderate folgende Anträge: 1. die Gemeinde wolle sämtliche noch nicht fertig gebauten Straßen und Plätze und andere notwendige Arbeiten in Angriff nehmen, damit die Arbeiten noch vor der Einverleibung fertig gestellt werden; 2. die Gemeinde wolle den Arbeitern, welche in der Notstandsarbeit von der Gemeinde beschäftigt werden, einen Stundenlohn von mindestens 30 Pf. gewähren.

Weiter berichtet das erwähnte Blatt darüber: „Die Tiefbaudeputation stellt hierzu fest, daß es nicht allein von der Entschließung des Gemeinderates abhängt, sämtliche bauplanmäßige Straßen und Plätze noch vor der Einverleibung fertig zu stellen, da diese Herstellungen lediglich nur auf Antrag und Verlangen der beteiligten Adjacenten erfolgen können. Diese Herstellungen werden auch dann sofort in Angriff genommen, sobald ein Antrag der Adjacenten hierzu vorliegt, außerdem hat man die Angelegenheit dadurch bereits zu fördern gesucht, indem man auf die schleunige Fertigstellung des Bebauungsplanes Bedacht genommen hat. Was die Bezahlung der Notstandsarbeiter betrifft, so ist seiner Zeit beschlossen worden, einen Stundenlohn von höchstens 21 Pf. zu gewähren. (!) Auf Vorschlag der Tiefbaudeputation wird einstimmig beschlossen, für die vorübergehenden Notstandsarbeiten einen Stundenlohn von 21 bis 28 Pf. je nach Leistungen der betreffenden Arbeiter zu gewähren. (!) Den Stundenlohn auf 30 Pf. festzusetzen, vermag der Gemeinderat nicht zu beschließen, da in anderen Betrieben für entsprechende Leistungen wohl kaum (!) viel mehr bezahlt wird und es bei Festsetzung dieses Stundenlohnes nicht die Absicht der Gemeinde sein kann, Leute aus anderen Betrieben heranzulocken, weil sie bei der Gemeinde besser bezahlt würden. Ferner kommt in Betracht, daß die Notstandsarbeiten hauptsächlich auf Rechnung der Adjacenten ausgeführt werden und schon aus diesem Grunde (!) die Löhne nicht unnötig erhöht werden können auf Kosten der Anlieger. Weiter wird beschlossen, durch Anbringung eines Plakates im Bahnhof an der Rückfahrtstraße auf die Annahme von Notstandsarbeitern hinzuweisen."

Wir brauchen wohl nicht besonders auf die sozialpolitische Rückständigkeit des Plauenschen Gemeinderates, die uns dieser Bericht spricht, hinzuweisen. Wir dürfen wohl auch annehmen, daß Genosse Jungel diesen Herren „Kollegen" den Standpunkt gehörig klar gemacht hat.

Zum Fall Kühn. der noch in frischer Erinnerung unserer Leser sein dürfte, bringt das Neue Sächsische Kirchenblatt in seiner letzten Nummer eine recht forsche Kritik, deren Inhalt mehrfach ganz interessante Einblicke thun läßt. Das Blatt schreibt:

„. . . Wozu ist denn der Militärgeistliche und der Militärgottesdienst eigentlich da? Um die Soldaten abzulanzeln und alles, was Vorgesetzter heißt, sorgfältig aus dem Spiele zu lassen! Das heiße geradem lügen, denn die Mannschaften wissen recht gut, ja sie wissen es zu genau, wie viel gerade in dem besprochenen Punkte in der sittlichen Auffassung eines guten Teiles unserer Offiziere faul ist. Das ändert man nicht, indem man auf Manöverübungen oder sonst inmitten von Kollegen die Schlechtigkeit der Welt beklagt, sondern nur durch klares und entschiedenes Wort.

So hat Dr. Kühn unseres Erachtens einfach seine Pflicht in der vorliegenden Predigt gethan. Wollte er seines Amtes Beruf nicht unerfüllt lassen, dann mußte er vor dieser Gemeinde und bei diesem Texte die verübten Gedanken vorwerfen. . . . Und doch ist in dem Geistlichen etwas wie eine Strafe zu teil geworden. Auf Anzeige eines Oberstleutnants, der bei jenem Gottesdienst der höchste anwesende Offizier war, wurde Dr. Kühn eine Zurechtweisung des Kriegsministeriums „zu Protokoll eröffnet". Das ist kein formeller Verweis; denn ein solcher kann nur nach Gehör des geistlichen Kommissars im Landeskonsistorium erteilt werden; es ist keine Disziplinarstrafe, und deswegen kann seine Beschwerde dagegen erhoben werden; aber in den Augen der Offiziere, denen die Predigt ungewohnt war, ist es doch eine Maßregelung, von der mit Eifer und mit Genugthuung vielfach gesprochen wurde . . . Das ist ein Punkt, dem sich die Aufmerksamkeit der geistlichen Behörden nunmehr gewiß mit allem Ernste zuwenden wird. Sie werden es nicht dulden dürfen, daß jene „Zurechtweisung" in Kraft bleibe; das heiße planmäßig Mietlinge züchten wollen, statt wackerer und treuer Hirten. Auf die Aufhebung dieser ganz haltlosen Klage muß um so mehr gedrungen werden, als dieser erste Fall jeden Tag noch andere nach sich ziehen könnte. . . . Also wird es unabweisbare Aufgabe des Konsistoriums sein, den Fall genau zu untersuchen und entweder eine regelrechte Disziplinarstrafe, wenn die Sache sie erdeischt, oder Zurechtweisung zu erwirken. Es wird dadurch eine tiefe Beunruhigung, die sich vielfach unter den sächsischen Geistlichen geltend macht, schließlich ein Ende finden. Das Gerichtsverfahren ist beendet, der Weg ist frei. Die Behörden haben nun das Wort. Es kann so nicht bleiben, daß ein pflichttreuer Geistlicher um eines unnützen, durchaus nicht maßlosen Wortes willen allen Anfechtungen, Verdächtigungen und schließlich auch Benachteiligungen ausgesetzt wird, ohne daß er sich wehren kann und ohne daß seine vorgesetzte Behörde für ihn eintritt. Ist es nicht Sache der geistlichen Behörden, den Offizier zur Rechenschaft zu ziehen, der einen Geistlichen wegen seiner gewissenhaften Pflichterfüllung mit Strafe bedroht und vor den Mannschaften in geringschätziger Weise herabsetzt, so ist es doch allermindestens ihr Amt, ihn vor der unbegründesten Strafe zu schützen. . . ."

Der Buchhandel und der organisierte Konsum. Unter dieser Spitzmarke druckten wir vor zirka einer Woche eine Notiz aus der Konsumgenossenschaftskorrespondenz ab, in der das Gebahren des Herrn Josephsohn Hamburg der Großeinkaufsgesellschaft gegenüber in ein recht eigentümliches Licht gestellt wurde. Die neueste Nummer des Wochenberichts der Großeinkaufsgesellschaft enthält nun folgende die Sache berührende „Erklärung":

Infolge der im Wochen-Bericht erschienenen Notiz „Der Buchhandel und der organisierte Konsum" hat zwischen dem Unterzeichneten eine Aussprache stattgefunden, in der folgendes festgestellt worden ist:

1. Herr Heinrich Kaufmann hat nicht die Absicht gehabt, Herrn Max Josephsohn zu beschuldigen, daß dessen Thätigkeit im Zentralverband der Handlungsgehilfen und als Redakteur des Handlungsgehilfenblattes bestimmt worden sei durch das Aufhören der früher mit der Großeinkaufs-Gesellschaft gepflogenen geschäftlichen Beziehungen.

2. Herr Max Josephsohn erklärt hierdurch, daß er den Bestrebungen auf Vertretung guter Bücher zu billigen Preisen zum Zwecke der Volksbildung sympathisch gegenüberstehe.

3. Herr Max Josephsohn hat sich als Buchhändler beim Bezug gewisser Bücher den Verlegern gegenüber vertraglich verpflichten müssen, diese Bücher nur zu einem gewissen Preise (dem Ladenpreise) abzugeben. Herr Max Josephsohn hielt sich deshalb für berechtigt, beim Verlag der betreffenden Bücher darüber Beschwerde zu führen, daß dieselben im Wochen-Bericht, also öffentlich, zu einem um 10 Proz. niedrigeren Preise ausgeboten wurden.

4. Herr Max Josephsohn hat die Ueberzeugung, daß die Schriftleitung bei dem Angebot von Büchern zu niedrigeren Preisen sich lediglich von den Interessen der Genossenschaften hat leiten lassen.

Heinrich Kaufmann. Max Josephsohn.

Uns kommt — offen gesagt — diese „Erklärung" etwas „spanisch" vor.

Auf die Arbeitslosenversammlung, die morgen Dienstag, nachmittag 4 Uhr, im Trianon stattfindet, sei hier noch besonders aufmerksam gemacht.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt wurde folgendes bekannt: Infolge oberbehördlicher Anordnung sieht sich die Amtshauptmannschaft genötigt, die für den Fleisch-, Produkten- und Materialwaren-Handel in einzelnen Gemeinden ihres Bezirks ausnahmsweise bisher nachgelassenen Sonntagsarbeitstage und Abendverkaufsstunden wieder zu beseitigen. Es haben daher auf den vorerwähnten Handel vom 1. April 1902 an innerhalb des ganzen amtshauptmannschaftlichen Bezirks wieder die allgemeinen für den Fleisch- und Materialwaren-Handel erlassenen Bestimmungen der Bekanntmachungen vom 20. Juni und 9. Juli 1892 Anwendung zu finden. Demnach ist künftig das Feilbieten, sowie der Verkauf von Fleisch, Fleischwaren, Produkten und Materialwaren an Sonn- und Festtagen nur von 6 bis 8 Uhr (im Winter von 7 bis 10 Uhr) früh und von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gestattet.

Versuche mit drahtloser Telegraphie nach Ruhlerschem System sind vorige Woche zwischen Dresden und Uebigau vorgenommen worden. Die Verbindung zwischen den beiden Stationen, deren eine auf dem Dach der königl. technischen Hochschule etabliert war und von Oberleutnant Schumann und dem Studenten Thiele bedient wurde, während die andere in der Uebigauer Schiffswerft unter der Leitung des Professors Ruhler stand, wurde rasch hergestellt, und der Depeschenaustausch gelang vollständig. U. a. wurden auf Wunsch Direktor Bellingrath zur Kontrolle ganz willkürlich gewählte Namen fehlerlos nach Uebigau telegraphiert.

Von seiner Amerikareise wird sich Prinz Heinrich von Preußen in unserer nächsten Umgebung, in Lahmanns Sanatorium, Weißer Hirsch, erholen. Die Familie des Prinzen trifft schon zu nächster Zeit da ein. So melden die Blätter ganz entzückt. Prinz Heinrich wird die Erholung von seiner hochwichtigen Reise sehr nötig haben.

Pensionskasse für Straßenbahner. Die sächsischen Straßenbahnen in Sachsen hatten beschlossen, eine gemeinsame Pensionskasse für ihre Angestellten zu gründen. Darauf hatten sich die Gesellschaften an die einzelnen Stadtgemeinden gewendet und gebeten, daß diese für den Fall des Ueberganges von Straßenbahnen in städtische Verwaltung in die bestehende Pensionskasse unter Uebernahme aller bereits entstandenen Verpflichtungen eintreten sollten. Gegen dieses Ansinnen sind die Städte Leipzig und Dresden vorstellig geworden und haben beschlossen, dieser gemeinsamen Pensionskasse nicht beizutreten. Hingegen haben diese Stadtverwaltungen im Interesse der Angestellten sich bereit erklärt, einer lokalen Pensionskasse gegenüber sich wohlwollend zu verhalten und den Angestellten bei einer eventuellen Uebernahme der Straßenbahnen das zu gewähren, was sie als Kassenmitglieder bereits erlangt hatten.

Bezug von Zeitungen durch die Post. Von der allgemeinen Dienstanweisung für Post und Telegraphie hat der Minister, der den Bezug von Zeitungen durch die Post behandelt, eine neue Fassung erhalten. Aus den zahlreichen Abänderungen gegen die bisherige Fassung sind die folgenden von Interesse für das Publikum: Zeitungsbestellungen können jetzt auch von der Verlagsgesellschaft angenommen werden, das heißt von dem Postamt, wo die Zeitung erscheint, beispielsweise kann ein auswärts Wohnender die Sächsische Arbeiter-Zeitung aus dem hiesigen Dresdner Postamt 1 abonnieren. Jeder Bezieher kann beim Bezug von Zeitungen die Vermittelung des Austrägers in Anspruch nehmen. Bei Berechnung des Zeitungsbestellgeldes wird der Betrag in Pfennigen nicht mehr auf eine durch fünf teilbare Zahl aufgerundet.

Russischer Zirkus M. Beketow. Am Mittwoch den 12. März finden zwei Vorstellungen statt und zwar um 4 und 8 Uhr. Nachmittags ist die erste Familienvorstellung, zu der Kinder auf allen Plätzen halbe Preise zahlen. Direktor Beketow nicht bekannt, daß dieses Programm ebenso reichhaltig ist, als das der Abendvorstellung. Auch ist hier besonders der Kinderwelt Rechnung getragen worden, durch Vorführung von dressierten Tieren: Stuten, Hunden, Affen, Elephanten und Pferden.

Pfänderauktion. In der Leihamts-Geschäftsstelle zu Dresden-Altstadt kommen vom 17. März an den Vormittagen von 10 Uhr an verfallene Pfänder zur Versteigerung. Die Pfänder sind an den Tagen, an welchen sie zur Versteigerung kommen, vormittags von 8 bis 10 Uhr in dem Versteigerungslokale, Marienstraße 17, Erdgeschoß, zur Ansicht ausgelegt. Das Verzeichnis derselben wird vom 13. März d. J. an in der Leihamtskasse für 20 Pf. abgegeben.

Selbstmord. Im Großen Garten in die Leiche eines Unbekannten, der sich erschossen hat, aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden. Er ist ungefähr 30 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat blondes Haar, blaue Augen, blonden Schnurrbart, vollständige, etwas gebräunte Zähne und ist bekleidet mit grauem Winterüberzieher, grauem Jackett, dunkelblauer Weste, baumwollenen Socken, karrierter Strambatte, weißem Leinwandkragen, schwarzem Filzhut, Gummihosenträgern, Schaftstiefeln und Manschetten mit Knöpfen. Unter anderem wurde ein weißes Taschentuch, gezeichnet „C. C.", und ein Notizbuch, in dem auf der ersten Seite die Adresse „Reis Walther aus Leipzig, Brauer", mit Bleistift geschrieben steht, vorgefunden. Nähere Nachrichten, die zur Feststellung der Person des unbekannten Selbstmörders geeignet sind, werden an die Polizeidirektion, Abteilung G., erbeten.

Verbrüht. Durch kochendes Wasser zog sich am Freitag in Striesen ein sechs Jahre altes Mädchen in der ehelichen Wohnung Brandwunden am linken Arme zu.

Arbeiter-Risiko. In einer Fabrik in Striesen hat sich, wie der Polizeibericht meldet, am Sonnabend vormittag infolge eines unglücklichen Zufalls ein Arbeiter beim Lesen von Metallspänen beide Augen verbrannt.

Versammlungskalender für Dienstag.

Arbeitslosen-Versammlung. Abends 8 Uhr im Trianon.

Soz. Verein Plauen. Abends 8 Uhr Vereinsversammlung im Restaur. Zur Börse.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Abends ½9 Uhr Versammlung im Saale des Trianons.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht.

-e. **Wegen Unterschlagung** wurde der Zigarrensortierer und Provisionsreisende Friedrich Bruno Wierich in Meißen zu 1 Monaten Gefängnis verurteilt. Beim Zigarrenfabrikanten Hommel hier in Stellung, führte er auch kleine Reisetouren aus. Dabei hat er 175 M., die er in Dresden und Meißen einkassierte, unterschlagen, den Betrag aber später wieder gedeckt. Der Angeklagte, der einen Wechselschuldschein von 75 M. bezog, will mit diesen Spesen nicht ausgekommen sein.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020310/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Einigungsversuche der Buchdrucker sind nun endgültig gescheitert. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat den Gewerkschaften, welche noch einmal an sie herantraten mit der Bitte, eine Einigung mit dem Verbande herbeizuführen, eine ablehnende Antwort gegeben. Die Generalkommission empfiehlt den Antragstellern, in Konsequenz ihrer bisherigen Stellungnahme zu dem vom Verbandsvorstande gestellten Bedingungen in den Verband wieder einzutreten. Eine andere Lösung könne es nach Meinung der Generalkommission nicht geben. — Ein Teil der Antragsteller ist dem Rate der Generalkommission gefolgt.

Keine antireligiösen Artikel soll das Fachblatt der Schuhmacher künftig mehr bringen. Ein solcher Antrag wurde auf einer Konferenz der Schuhmacher für den Agitationsbezirk Nordwestdeutschland, die am 23. Februar in Hamburg stattfand, einstimmig beschlossen und wird auf dem demnächst stattfindenden Verbandstag der Schuhmacher darüber verhandelt werden.

Tischler als Ersatz für streikende — Steinarbeiter gesucht. Bei der Firma Aug. Wagner in Herrenhausen bei Hannover streiken die Steinarbeiter. Die Firma sucht sich nun zu helfen, indem sie durch Inserate „Handwerker für Fabrikgeschäft. Tischler bevorzugt", sucht. Einige Tischler, die auf das Inserat hineinfielen, mussten dann erfahren, daß sie Streikarbeitsdienste verrichten sollten, indem man ihnen das Polieren und Schleifen von Marmorplatten zu dem bestehenden Preise von 30 Pf. pro Stunde übertragen wollte. — Herr Wagner dürfte lediglich die Erfahrung machen, daß die Tischler genau so solidarisch denken wie die Steinarbeiter.

Ein Musterchrist. Der bekannte Preuß, der seinige Vertreter christlicher Gewerkschaften, Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergleute, hatte am Dienstag vor den Schranken des Essener Schöffengerichts, um sich wieder mal wegen Beleidigung eines Vertreters freier Gewerkschaften zu verantworten. Da Preuß ja selbst die Verleumdung seiner Gegner als sein Geschäft betrachtete, brauchte man über die Tatsache seine Sache kaum sich zu wundern, wenn nicht der der Klage zu Grunde liegende Vorwurf und die Art der Inszenierung der skandalösen Beleidigungen im vorliegenden Falle weit über das Maß gewöhnlicher geschäftsmäßiger Verleumdung hinausging. Preuß hatte nämlich in einem Artikel im Christlichen Bergarbeiter gegen den Verfassenden Müller vom Deutschen Bergarbeiterverband den Vorwurf erhoben, dieser habe in einer Zeit, als er schon Unterstützter der Kreisleitung war, bei einem Zechenbeamten direktlich eine Stelle auf der Grube erbeten, als Anerkennung dafür wolle er (Müller) der Zechenverwaltung das von ihm gegen die Arbeiter gesammelte Material zur Verfügung stellen. Mit großem Tamtam wurde verkündet, der Wahrheitsbeweis für die ungeheuerliche Beschuldigung werde eventuell erbracht. Was aber geschah: Wie gewöhnlich winselte Preuß vor Gerichte um Gnade, weil er dupiert worden sei. Nichts wurde erwiesen und Preuß zu 300 M. Geldstrafe, der Verfasser des Artikels zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Das sind die Helden der christlichen Gewerkschaften.

Vom Berliner Gewerkschaftshaus. Zu dem Geschäftsbericht, den die Verwaltung des Berliner Gewerkschaftshauses für das zweite Betriebsjahr (1901) erstattet, bringt sich die Wirkung der Krisis und der durch sie verursachten Arbeitslosigkeit weiter Kreise und Einkommensbeschränkung der in Arbeit Stehenden aus. Es betrug der durchschnittliche Bierabsatz pro Monat in den acht Monaten des Jahres 1900 285 Hektoliter, in 1901 dagegen nur 237 Hektoliter, so daß sich ein monatlicher Mindersatz von 48 Hektoliter ergab. Auch der Besuch der Herberge ist zurückgegangen. Es betrug in den einzelnen Monaten des Jahres 1901 (in Klammern diejenigen für 1900): Januar 705 (—), Februar 709 (—), März 1060 (—), April 1191 (—), Mai 1471 (697), Juni 1211 (1054), Juli 1102 (1401), August 1295 (1430), September 1250 (1256), Oktober 1108 (1277), November 921 (900), Dezember 611 (630).

Sieht man von Mai und Juni ab (die Herberge wurde erst am 7. Mai 1900 eröffnet), so war die Zahl der Zugereisten 1901 Monat für Monat geringer als 1900. Eine wesentliche Rolle dürfte hierbei die Warnung vor Zuzug seitens der Gewerkschaften gespielt haben, ohne deren segensreiche Tätigkeit die Anhäufung Arbeitsloser in Berlin und Umgegend noch bedeutend höher sein dürfte. Hierfür ein weiterer Hinweis: Die Zahl der unorganisierten Herbergsgäste ist stets kleiner als die der organisierten; im Jahresdurchschnitt kamen auf 1000 Organisierte 685 Unorganisierte, aber diese Zahl hat sich vom Quartal zu Quartal geändert: Es kamen auf 1000 Organisierte im 1. Quartal 804, im 2. 586, im 3. 425, im 4. 420 Unorganisierte; d. h.: mit zunehmender Arbeitslosigkeit nahm die Zahl der organisierten Zureisenden prozentisch viel schneller ab als die der unorganisierten.

Dem Beruf nach waren die Zugereisten: Apotheker 2, Arbeiter 690, Architekten 1, Bäcker 194, Badewärter 2, Bandagisten 3, Barbiere 181, Bauaufseher 5, Bauhandwerker 1, Bildhauer 27, Bürsten 36, Brauer 83, Buchbinder 183, Buchdrucker und Schriftgießer 1080, Büchsenmacher 5, Bureauangestellte 27, Bürsten- und Kammmacher 12, Chemiker 3, Zigarrenmacher 18, Handlungsgehilfen 75, Dachdecker 15, Elektrotechniker 4, Fabrikanten 5, Färber 7, Feuerwehrleute 5, Former 350, Galvaniseure 7, Gärtner 42, Gerber 8, Gastwirtsgehilfen 118, Glaser 61, Goldarbeiter 152, Graveure und Ziseleure 53, Gürtler 98, Handelshilfsarbeiter 12, Händler 85, Handschuhmacher 27, Hausdiener 215, Holzarbeiter 1700, Instrumentenmacher und Orgelbauer 13, Hammerzieger 1, Kaufleute 380, Krankenpfleger 22, Kupferschmiede 203, Kürschner 16, Kutscher 18, Lackierer 20, Landwirte 10, Lederarbeiter 132, Lederer 6, Bildhauer und Steindrucker 117, Maler 396, Maschinisten und Heizer 27, Maurer 312, Mechaniker 157, Metallarbeiter 1731, Möbelpolierer 17, Monteure 35, Müller 33, Putzer 25, Photographen 15, Porzellanarbeiter 16, Portefeuiller 8, Präparatoren 14, Redakteure und Schriftsteller 18, Remonteurgänger 5, Rohrleger 17, Sattler 300, Schauspieler 11, Seifensieder 33, Schlosser 52, Schmiede 117, Schneider 469, Schornsteinfeger 3, Barbiergehilfen 23, Schuhmacher 904, Seeleute 8, Seiler 5, Souffleure 1, Steinmetze und Steinhauer 60, Stuckateure 35, Studenten 3, Tapezierer 252, Techniker 22, Textilarbeiter 34, Töpfer 134, Uhrmacher 39, Vergolder 104, Werkmeister 3, Xylographen 2, Zeichner 11, Zimmerer 269.

Die Bilanz des ganzen Unternehmens schließt pro 1901 mit einem Verlust von 10 922 M. 15 Pf., indem einem Ueberschuß von 4338 M. 95 Pf. Abschreibungen in der Gesamthöhe von 15 461 M. 10 Pf. gegenüberstehen. Trotz dieser ungünstigen Ergebnisse sehen die Gesellschafter nicht trübe in die Zukunft. Die Möglichkeit eines besseren Geschäftsganges hängt nicht nur von dem Nachlassen der Krise ab. Die Erkenntnis von der Bedeutung des Gewerkschaftshauses als eines Mittelpunktes für die Arbeiterbewegung, die auch bei der Arbeitslosenzählung wieder zu Tage getreten ist, muß sich immer mehr in der Berliner Arbeiterschaft Bahn brechen. Zu beklagen ist, daß viele sich von dem Besuch des Hauses abschrecken lassen, wenn die Einrichtungen nicht voll und ganz ihren Wünschen entsprechen, statt zu bedenken, daß erst bei vollem Verkehr die Bedeutung von Abänderungen erkannt und die materielle Grundlage für ihre Durchführung gegeben werden kann. Eine Reihe von Aenderungen, die namentlich den Restaurantverkehr weiteren Kreisen erleichtern soll, wird noch im Laufe des kommenden Monats durchgeführt werden, so die Errichtung eines Buffets im Aschingerstil im Seitenraum des Restaurants. Die neuen Ventilationseinrichtungen im Restaurant und den Sälen des Seitenflügels bewähren sich glänzend. Die Beleuchtungseinrichtungen im Saalbau sind jetzt so vervollkommnet, daß die vielfach empfundenen Störungen durch Eindringen neuer Kohlen in die Bogenlampen usw. völlig vermieden sind.

Soziales.

Arbeiterschutz in Gummifabriken. Bekanntlich sind die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter in den Gummifabriken besonders groß. Das hat auch der Bundesrat eingesehen und er hat auf Grund des § 120 e eine Verordnung erlassen für Gummiwaren-Fabriken, in denen Gummiwaren unter Anwendung von Schwefelkohlenstoff oder Chlorschwefeldämpfen vulkanisiert werden. Die Verordnung, die am 1. Juli 1902 in Kraft tritt, für die etwa notwendig werdende Vornahme baulicher Aenderungen aber bis 1. Juli 1903 Frist gibt, trifft zunächst Anordnungen über die Beschaffenheit der Arbeitsräume und deren Benutzung sowie über das Arbeitsverfahren.

Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer liegen wie der umgebende Erdboden; sie müssen mit Fenstern und Lüftungseinrichtungen versehen sein, dürfen zu keinem anderen Zweck als dem Vulkanisieren benutzt werden und müssen für jeden Arbeiter mindestens 20 Kubikmeter Luftraum bieten. Sie dürfen nur durch Dampf- oder Warmwasser erwärmt und nur durch gut geschützte elektrische Glühlampen erleuchtet werden. Schwefelkohlenstoff darf nur für den Tagesbedarf darin lagern.

Die zum Vulkanisieren langer Stoffbahnen dienenden Maschinen müssen gänzlich umhüllt sein, der Raum innerhalb der Umhüllung muß kräftig ventiliert werden und darf von Arbeitern nur bei Betriebsstörungen betreten werden. Bei technischen Schwierigkeiten können durch die höhere Verwaltungsbehörde auch andere genügende Schutzvorkehrungen gestattet werden; als besondere Schutzvorkehrungen werden genannt Aufstellung der Maschine in einer offenen Halle, Beschäftigung derselben Arbeiter nur an zwei Tagen in der Woche. Bei der Vulkanisierung aller anderen Gegenstände müssen Tauchbäder angewendet werden, in die der Arbeiter nur die Hände einzuführen brauch.

Die Trockenkammern und sonstigen Trockenräume müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Einsetzen und Herausnehmen der Waren nicht betreten zu werden brauchen. Das Betreten der Trockenräume und Vulkanisierungskammern während des Betriebes darf nicht gestattet werden.

Für Arbeiten, bei denen die Arbeiter der Einwirkung von Schwefelkohlenstoff ausgesetzt sind, dürfen diese nicht länger als zwei Stunden ununterbrochen und täglich im ganzen nicht länger als vier Stunden beschäftigt werden. Nach zweistündiger Beschäftigung muß mindestens 1 Stunde Pause gewährt werden. Personen unter 18 Jahren dürfen zu solchen Arbeiten nicht beschäftigt werden.

Der Unternehmer muß Arbeitskleider beschaffen, Wasch- und Umkleideräume und Waschvorrichtungen und Utensilien stellen. Die Räume müssen nach Gebrauchszweck getrennt, sauber gehalten und im Winter geheizt werden. Der Unternehmer muß ferner für dauernde und regelmäßige Reinigung der Arbeiter Sorge tragen.

Außerdem werden eine Reihe Kontrollvorschriften gegeben.

Hoffentlich werden nun auch die unteren Verwaltungsbehörden dafür, daß diese Vorschriften nicht auf dem Papiere stehen bleiben, sondern streng durchgeführt werden. Auf den guten Willen der Unternehmer darf und kann man sich nicht verlassen. Auch die in Gummifabriken beschäftigten Arbeiter müssen selber ihr möglichstes tun, um der Verwaltung ihre Wachsamkeit zu verschaffen und etwaige Verstöße der Gewerbe-Inspektion mitteilen. Die Hauptsache ist natürlich für die Durchführung des Arbeiterschutzes, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind.

Versammlungen.

Lagerhalter. In einer am 11. Februar im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung der Lagerhalter des Bezirks Dresden wurde nach Prüfung der Abrechnung über die Monatsblätter, sowie des Haushaltplanes des Lagerhalterverbandes pro 1902 beschlossen, dem Antrag des Verbandsvorstandes, Anstellung eines Verbandssekretärs betreffend, beizutreten. Für die am 16. und 17. März im Gewerkschaftshaus zu Berlin abzuhaltende Generalversammlung des Verbandes wurden als Delegierte die Kollegen Böhmer, Braune und Kamp gewählt. (Eing. 5./3.)

Handlungsgehilfen. Am Sonntag den 9. März fand im Gasthof zum Deutschen Haus, Potschappel, eine öffentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Was bringt die Sozialreform den Handelsangestellten? 2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Zum ersten Punkt war der Referent nicht erschienen. Beim Punkt gewerkschaftliche Angelegenheiten schilderte Kollege Israel noch einmal eingehend den Konflikt mit der Verwaltung des Konsumvereins für Löbtau und Umgegend. Ferner wurde eine Kommission gewählt, die Forderungen betr. Gehalter und Sommerurlaub an die Verwaltungen stellen soll. Weiter wurden die Versammlungen darauf aufmerksam gemacht, daß sie einen halben Tag Ausgehzeit pro Monat zu beanspruchen haben. (Eing. 5./3.)

Schneider. Am 3. März fand in Seifs Gasthaus eine öffentliche Schneiderversammlung statt. Im Punkt Gewerkschaftliches gab Kollege Naprstek einen kurzen Bericht über die Lohnbewegungen bei der Firma Posner, wo die Verhandlungen mit einem Siege der Arbeiter geendet haben. Das Geschäft ist jetzt geweilt, die Reduzierungen vom Herbst wieder zu versuchen, deshalb ist es Pflicht der Kollegen, das Geschäft zu meiden, und daß die Arbeiter des Geschäfts sich zur Organisation halten, denn nur dadurch können Reduzierungen verhindert werden. Des weiteren gab Kollege Pratorius bekannt, daß mehrere Kollegen im Krankenhause liegen und dieselben öfter einmal besucht werden sollen. Dann wurde noch bekannt gegeben, daß die ausgeteilten Fragebogen bald erledigt sein, und die Werkstatten, die noch keine haben, sich dieselben sofort beim Kollegen Pratorius holen sollen. Genosse Hoyoner hielt dann einen Vortrag über: Der deutsche Bauernkrieg. Derselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach kurzer Debatte schloß der Vorsitzende die Versammlung, die schlecht besucht war. (Eing. 6./3.)

Maler. Am 25. Februar fand im kleinen Saal des Trianons eine öffentliche Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher statt. Ueber die Gewerkschaftsbewegung der verschiedenen Kulturländer hielt Genosse Drescher einen interessanten und lehrreichen Vortrag. In der Debatte empfiehlt Kollege Streine zum Studium der Gewerkschaftsbewegung die in der Bibliothek vorhandenen Werke (Neue Zeit, Korrespondenzblatt der deutschen Gewerkschaften usw.) zur fleißigen Benutzung. Unter Sonstiges gab zur Kenntnis Kollege Streine aus: Neben der Frage des Jahrbuches oder Almanachs sei es notwendig, daß sich der Provinzialtag mit dem Bauarbeiterschutz beschäftige. Ein dahingehender Antrag von Streine, den Bauarbeiterschutz auf die Tagesordnung des zu Ostern stattfindenden Provinzialtages zu setzen, fand nach kurzer Debatte einstimmige Annahme. Weiter wurde befürwortet, der Provinzialtag möge dahin wirken, in allen Fachlichen Sachsens die Hausklassierung bez. Hausagitation durchzuführen. Auch diesem Antrag gab die Versammlung ihre Zustimmung.

Mit Hinweis auf die am 28. Februar stattfindende Innungsversammlung werden die Anwesenden ersucht, dem Gesellenausschuß etwaige Submissionsblüten, Lohnabzüge oder sonstige schlechte Behandlung mitzuteilen. In der darauffolgenden Debatte kamen dann verschiedene Mißstände zur Sprache. Die Firma Schirmer, Reinigerstraße, die durch ihr Geschäftsgebaren genügend bekannt, wurde wiederholt einer abfälligen Kritik unterzogen. Ueber die Firma Bücher wird berichtet, daß deren Löhne von 25 Pf. im Maßstuhlen keine Seltenheit sind. Auch sollen in dieser Werkstelle ungerechte Abzüge von Krankengeld gemacht sein. Bei der Firma Thomas werden ebenfalls niedrige Akkordlöhne gezahlt. Bei der Firma Schulze, Bohnitzschstraße, wurden den dort beschäftigten Gehilfen Krankenkassenbeiträge II. Klasse abgezogen, während dieselben in der III. Klasse angemeldet sind. Bei der Firma Kretzschmar & Schneidhauer ist es vorgekommen, daß einer der Gesellen seiner Verwunderung Ausdruck gab, als der Geselle in Akkord bei angestrengter Schufterei die ganze Woche den correnten Lohn von 15 M. verdiente. Nachdem die Kollegen noch ersucht waren, Mißstände in Lohnangelegenheiten an die Kommission zu berichten, erfolgte Schluß der leider schwach besuchten Versammlung. (Eing. 6./3.)

Konditoren. Eine gut besuchte Versammlung fand bei Palten statt. Die Aufgaben des Ostern in Berlin stattfindenden Verbandstages und Wahl des Delegierten dazu war die Tagesordnung. Kollege Walther entledigte sich des Referats zur Zufriedenheit der Versammelten und wurde des weiteren in der stattgefundenen geheimen Wahl nach Berlin delegiert. Gewerkschaftliche Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung. (Eing. 7./3.)

Möbelpolierer. Am 2. März tagte im Kunarts Restaurant zu Dresden eine öffentliche Möbelpolierer-Versammlung, in der Kollege Krüger aus Dresden über wirtschaftliche Krise, ihre Ursachen und Wirkungen sprach. In einem 1½stündigen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag führte er den Interessenten klar vor Augen, daß bei der jetzigen Krise die Arbeiterschaft am meisten in Mitleidenschaft gezogen ist, und auch in dieser Zeit wir dafür zu sorgen haben, eine stramme Organisation zu erzielen. Im Gewerkschaftlichen beschäftigte man sich wiederum mit der Sächsischen Holzbeschau-Ordnung. Es wurde den Polierern ein Abzug — [illegible] Stunden gemacht, pro Tagwerk 1 M., was einen Lohnausfall von 2 Mark jährlich bezwecke bei einem Gehalten mit einem Lohnlang. Nach dem entspann sich eine rege Diskussion über die Angelegenheit des Berliner Möbelpolivererverbandes. Der Vertreter [illegible] begründet seine Ausführungen teils mit Herausgabe [illegible] differenter Kollegen, teils mit Beschwerden gegen den Holzarbeiterverband, worauf man dem von seiten mehrerer Redner scharf entgegentrat. Folgende Resolution wurde gegen 2 Stimmen angenommen: „Die heutige Versammlung der Polierer von Dresden, Umgegend und Umgegend sprechen hiermit ihre schärfste Mißbilligung über die Zwietrachtbestrebungen unter den Kollegen betreffs des Berliner Möbelpolivererverbandes aus und verwerfen das Vorgehen der [illegible] Kollegen, vor Unterhandlung und Gründung einer Zahlstelle [illegible] einschreiten." Nachdem man sich noch einigte, in Kürze eine Versammlung abzuhalten, welche sich nur mit dieser Angelegenheit beschäftigt, erfolgte Schluß der Versammlung. (Eing. 7./3.)

Arbeiter-Sängerbund Dresden und Umgegend. Am 9. März fand die diesjährige ordentliche Generalversammlung statt, in der 84 Delegierte anwesend waren. Auf der Tagesordnung standen Berichte, Verwaltungsbericht und Anträge, Neuwahl des Vorstandes und allgemeine Bundesangelegenheiten. Zunächst wurde der Geschäftsbericht für das Jahr 1901 vorgetragen. Dieser zeigt, daß der Bund gegenwärtig [illegible] Männer-Gesangvereinen besteht, die eine Mitgliederzahl von [illegible] aktiven Sängern repräsentieren. Der Kassenbestand beträgt [illegible] M. An Noten sind bis dato an die Bundesvereine 1152 Partituren, [illegible] Quartette und 85 einzelne Stimmen ausgegeben worden. Im Laufe des Jahres sind den Vereinen zwei neue Lieder zugestellt worden, und zwar: Vor dem Sturm von Engelsberg, Wach auf mein Herz von R. Riva, Empor zum Licht von Uhlmann, Weckruf von Heinrich. Zum rauschen die Lieder von K. Hunger. An wichtigen Beschlüssen wurden folgende gefaßt: Alle bisher ausgegebenen Noten bleiben Eigentum der Vereine und alle zwei Monate findet eine Bundesprobe zur Einstudierung der Bundeslieder statt. An Festlichkeiten beteiligte sich der Bund am ersten Mitteldeutschen Arbeiter-Sängerfest der Liedergemeinschaft Deutschlands in Leipzig, wo er mit großem Erfolg unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn R. Riva seine beiden Lieder zum Vortrag brachte, an der Gewerkschaftsmatinee und an der Maifeier. Das silberne Jubiläum des Bundes wurde durch eine größere Gesangs- und Orchesteraufführung unter Leitung des Bundesdirigenten bei zahlreicher Beteiligung gefeiert. Der Vorstand hielt im Laufe des Jahres vier Sitzungen ab, außerdem fanden vier Ausschußsitzungen und zwei außerordentliche Generalversammlungen statt. Der Besuch der Proben zu den Aufführungen war seitens einzelner Vereine recht schwach und wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß in Zukunft die Beteiligung an den Proben eine regere werde. Zum Jahresbericht entspinnt sich eine rege längere Debatte und treten in dieser über die Tauheit einzelner Vereine dem Bunde gegenüber scharfe Kritiken hervor. Hierauf wird der Vorstand entlastet. Bei Wahl des Vorstandes wurde R. Prettschmann als erster Vorsitzender des Arbeitersängerbundes mit Majorität wiedergewählt. Da der bisherige stellvertretende Vorsitzende Fontaine eine Wiederwahl entschieden ablehnt, wird R. Matthes als Stellvertreter gewählt. Beisitzer wurden gewählt: Als 1. Kassierer E. Rubenack, als Stellvertreter E. Schneider. Zu Schriftführern B. Wild und A. Stock, als Archivar G. Patzschke und F. Engel. Unter allgemeinen Bundesangelegenheiten wird folgender Beschluß gefaßt: Um die gesanglichen Leistungen des Bundes in Zukunft zu heben, wirkt dieser künftig bei Gewerkschaftsmatinee und Maifeier nicht mehr geschlossen mit, sondern wird die Ausführung durch Vermittelung der Bundesleitung einzelnen Vereinen übertragen. In weiterer Debatte werden scharfe Angriffe über die Geschäftsführung des 1. Vorsitzenden gemacht, worauf dieser sein Amt niederlegt. Wegen vorgeschrittener Zeit machte sich eine neue außerordentliche Generalversammlung nötig. Am 16. Februar wurde diese abgehalten, und nach einigen Wahlgängen R. Matthes als 1. Vorsitzender, als dessen Stellvertreter A. Paul gewählt. Unter allgemeinen Bundesangelegenheiten rief der Austritt des Dresdner Buchdrucker-Gesangvereins eine rege Debatte hervor, namentlich, da er das ohne Angabe jeden Grundes getan. Auf Grund dieses Austritts wurde der bewährte bisherige erste Archivar Patzschke sein Amt niedergelegt. Im weiteren Verlaufe der Debatte über Reorganisation des Bundes werden verschiedene Vorschläge diskutiert, worauf Herr Riva in begeisterten Worten für größere Sängervereinigungen eintritt, da mehrere kleinere Vereine an Erfitzen und Leistung zu wünschen übrig ließen, was allgemeinen Beifall erhält. Eine demnächst stattfindende Ausschußsitzung wird sich mit dieser Angelegenheit befassen. Die Geschäftsleitung des Bundes ist: R. Matthes, Vorsitzender, Bergmannstraße 1, 2; E. Rubenack, Kassierer, Georgplatz 15, 4; B. Wild, Schriftführer, Sidonienstraße 15, 4; F. Engel, Archivar, Marcusstraße 15, 1.

Loschwitz. Am Sonntag den 2. d. M. fand die erste Mitgliederversammlung des Arbeitervereins für Loschwitz und Umgegend im Leichtes Restaurant statt. Als Referent war Genosse Redakteur Blei aus Dresden anwesend. Er hatte das Thema: Industrie und Arbeiterbewegung in Japan gewählt, das er in reichlich zwei Stunden in ausführlicher, leicht faßlicher Weise behandelte. Reicher Beifall lohnte ihn am Schluß des Vortrags. Eine Diskussion über denselben fand nicht statt. Unter Vereinsangelegenheiten stellte Genosse Großer die Frage: In der Generalversammlung habe der Vorsitzende versprochen, Bericht der Gemeinderatsmitglieder auf die Tagesordnung zu setzen, warum das nicht geschehen sei. Der Vorsitzende erklärte mit einem Hinweis auf das Referat. Es solle dies in der nächsten Versammlung geschehen, womit sich der Fragesteller zufrieden gab. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung. (Eing. 7./3.)

Löbtau. Am 4. März hielt die hiesige Gruppe des sozialdemokratischen Vereins des sechsten Kreises ihre regelmäßige Versammlung ab. Es sprach Genosse Redakteur Riem über das sächsische Dreiklassenparlament. In der Debatte wurden die sächsischen Verhältnisse, besonders das Verhalten der Regierung, einer weiteren derben Kritik unterworfen. Bei Punkt Allgemeines wurde vom Genossen [illegible] ganz besonders auf die Bürgerrechtserwerbung hingewiesen und [illegible] dieselbe mit allen Mitteln zu betreiben, indem wir kurz vor der Eingemeindung stehen und jetzt uns noch ganz bedeutende Erleichterungen bei der Erwerbung zur Seite stehen. Hierauf wurde zur Wahl einer Kommission geschritten, die die ganze Agitation hierüber zu entfalten hat. Dieselbe besteht aus den Genossen Anton Kunze, Robert [illegible], Wilhelm Barthel, Max Hertwig, Hermann Petzold und Fritz Neubert. Bei der Fragezetteldebatte rief eine Frage, die Arbeitslosenzählung in Löbtau betreffend, eine längere Debatte hervor. Hierbei wurde bekannt, daß bei dieser Angelegenheit viel zu wenig Rücksicht geübt worden ist, indem die Bekanntmachung zur Meldung im Amtsblatte erfolgte, die Arbeitslosen aber dadurch am allerwenigsten Kenntnis davon erhalten haben. Leider konnten unsere im Gemeinderate sitzenden Genossen keinen Einfluß darauf ausüben. Zwei weitere, örtliche Verhältnisse betreffende Fragen riefen ebenfalls eine längere Auseinandersetzung hervor, und werden unsere Vertreter in einer der nächsten Versammlungen nach genauer Informierung darüber berichten. (Eing. 6./3.)

Plauen. Ueber Arbeiterkämpfe in Japan sprach am 4. März in Geißlers Restaurant Genosse Block. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in dieser Weise und erntete dafür reichen Beifall. In der Debatte wurde aus der Mitte der Versammlung nach den Gründen des so plötzlich erfolgten Einverleibungsbeschlusses im Gemeinderat gefragt. Gemeindevertreter Genosse Kräfel sagte zu, auf Wunsch in einer Einwohnerversammlung darüber zu berichten, da er es bei der vorgerückten Zeit und des vorangegangenen Themas wegen nicht für gut angängig halte. Genosse Graf forderte noch zur Erwerbung des sächsischen Staatsangehörigkeit und, da jedenfalls die Einverleibung Plauens am 1. Juli stattfindet, zur Erwerbung des Dresdner Bürgerrechts auf, da dieselbe auf alle Fälle bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nach der Einverleibung kostenlos sei. Sodann ersuchte er die Anwesenden noch, für die Konsolidierung der Sächs. Arbeiter-Zeitung und für regeren Versammlungsbesuch kräftig zu agitieren. Hierauf Schluß der interessanten Versammlung. (Eing. 7. März.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020310/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG